

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Grunenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Telegraphen zu beziehen.
Preis vierthalblich Mr. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 40.

Breslau, Freitag, den 15. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Glende Ausreden und offenkundiger Volksverrath.

B. G. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Sie sind anscheinend einander spinnefeind, — sie, die ganz offenbar volksfeindlichen Cartellfreunde, die Conservativen und Nationalliberalen einerseits und die Volksfreundlichkeit heuchelnden Ultramontanen anderseits.

Aber sie sind im Grunde ihres Herzens doch in erster Linie Vertreter des Capitalismus, sowohl die Einen wie die Andern. Unter ihr Augen sind sie ein Herz und eine Seele und zwar vor allen Dingen die Vertreterenschaft der Conservativen und die der Ultramontanen hier in Breslau, zumal die volkstümliche demokratische Spielart der Centrumspartei bei uns in Schlesien gar nicht mitzureden hat, wo unter den Leichten aller Parteien der herrschenden Gesellschaft die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten die erste Geige spielen.

In der ultramontanen Partei Schlesiens und Breslaus haben die feudalen Rittergutsbesitzer und Magnaten Oberwasser, die Grafen Ballenstrem und Confort, und wenn diese ultramontan und fromm sind, so thun sie das bloß dem von ihnen und ihren Klassegenossen ausgebeuteten Arbeitervolke „zu Liebe.“ Sie schielen immer möglichst für alles Volk erkennbar, nach dem „besseren Jenseits“, weil dasselbe bekanntlich die für die Großen dieser Erde so angenehme Aufgabe hat, das arme und arbeitende Volk für das Elend des „indischen Kammerthals“ zu entschädigen.

Ultramontane und Conservative stellen also hier nur zwei in Wahrheit sehr wenig verschiedene Schattirungen derselben Farbe dar, — schwarz und dunkelgrau. Das tritt augenfällig wieder einmal noch viel erkennbarer als sonst hervor, und zwar in der Stellungnahme ihrer größten Preßorgane zu dem kläglichen Ausgang der Reichstagsdebatten über die Interpellation Biere, die sich auf die Socialreformankündigung des Kaisers bezog.

Die Verhandlungen im Reichstage haben, wie unser neulicher Leitartikel nachwies, dagegen, daß die Socialreform in Deutschland für jetzt und für alle absehbare Zukunft begraben ist. Die Ultramontanen sind angeblich Socialreformfreunde, sie mühten also der Regierung und den Parteien feindlich gegenüberstehen, unter deren Herrschaft an eine Fortsetzung der Socialreform nicht zu denken ist.

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Übersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

„So viele Revolutionen haben doch zu nichts geführt, kann man es da wirklich noch einmal von Neuem versuchen?“ sagte Andree.

„Ja,“ erwiderte Vater Dechamps, „alle bisherigen Revolutionen haben die Wurzel alles Lebels bestehen lassen. Haben Sie bemerkt, daß das Geld die Haupttriebssader aller Reaction ist? Womit führen die herrschenden Klassen den Krieg gegen die Republik, wenn nicht mit dem Gelde, das man ihnen gelassen hat? Stellen Sie einmal die Gleichheit des Besitzes Aller her. Kein Parteihäupeling mehr, der Stimmen kaufen, Zeitungsartikel bezahlen, Abgenten unterhalten, auf die Opposition durch das Gewicht seines Golbes drücken kann. Lassen Sie doch einmal so eine Revolution entstehen, die wahre Revolution, und Sie werden für immer mit allen Blutsaugern der Menschen aufgeräumt haben!“

Andree war noch immer nicht bekehrt. Es fielen ihm Einwendungen in Hülle und Fülle ein; aber er gewöhnte sich wenigstens daran, unter der Oberfläche alles dessen, was ihm begegnete, das große Problem der Zeit zu suchen. Obgleich ihn die vorgeschlagenen Heilmittel viel mehr abschreckten als die Leiden der Gesellschaft, obgleich er vor allen Dingen den mächtigen

Ergötlicher Weise aber zeigt sich, daß die „Schles. Volkszeitung“, das ultramontane Hauptorgan, und die „Schles. Ztg.“ das conservative, in Bezug auf den Ausgang der Interpellationsverhandlungen völlig einer Meinung sind.

Beide weisen in ihrem Leitartikel vom 12. Februar so nachdrücklich wie möglich darauf hin, daß — man lache nicht! — die Socialdemokraten an allem Unheil schuld sind.

Wir Socialdemokraten haben der Regierung und den Cartellparteien alle Freude an der Socialreform vergällt. Ja, noch mehr! Wir haben das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer „vergessen“ das nach der Ansicht der „Schles. Ztg.“, ehe es Socialdemokraten gab, wahrscheinlich ganz wunderbar schön war. Wir schädigen die Arbeiter, die „Schlesische Volkszeitung“ sagt es, und da muß es natürlich wahr sein. Wir fördern die Interessen des herrschsüchtigen Cartells und stehen ganz offenbar im Dienste solcher Leute, wie der sogenannte König Stumm einer ist. Man kann es schwarz gedruckt im Leitartikel des ultramontanen Blattes lesen. Dort heißt es:

„Man sagt mit Recht, daß Freiheit von Stumm unwillkürlich, aber sehr erfolgreich die Geschäfte der Socialdemokratie besorgt. Die Sache beruht auf Gegenseitigkeit: die Socialdemokratie verhilft dem Herrn von Stumm und seiner Cartellbrüderchaft zu einem viel größeren politischen Einfluss, als dieser Minderheit (nämlich den obersten, großen kapitalistischen Gehntausend!) von Rechts wegen zufolgt.“

Die Socialdemokratie hat aber nach der Bevölkerung der Ultramontanen noch viel schlimmeres verschwiegen. Wenn die socialdemokratische „Gegenseite“ den Arbeitern nicht die Freude und das Behagen an ihrer freilich auch nach ultramontanem Zugeständnissen immerhin einigermaßen bescheidenen, aber, im Hinblick auf das bemerkte Jenseits, doch so ungemein hoffnungsreichen Erfolg verderben würde; wenn die Arbeiter hübsch artig und geduldig wären; wenn statt — wörtlich in der „Schles. Volkszeitung“ zu lesen — „stat der 3 oder 4 Dutzend von Socialdemokraten ebenso viele volksfreundliche, gesetzesreue Arbeitervertreter auf der Linken säßen“, so gäbe es natürlich ein herrliche Socialreform und alle Wünsche des arbeitenden Volkes wären längst erfüllt. O, diese Huchlerbrü!

„Die 46 Zukunftsvolutionäre sind ein Hemmnis für jede gesunde Weibheit und ein Bleiklumpen

Stachel persönlicher Leiden noch nicht kannte, vermochte er doch die Tiefe all' d's Unglücks um ihn her zu ermessen, und er empfand sogar den urklaren Wunsch, an seiner Beseitigung mitzuarbeiten.

In diese ernsten Reden ließ Magdalene ihr kindliches Geplauder einfließen, wie die bis dahin tänzelnde Quelle ihr helles Geplätscher in das dumpfe Brausen des rauen Stroms mischt. Gewöhnlich hatte sie ihren Platz auf Andree's Knieen. Freund Andree war nun einmal ihr Genthum, ihre Sache und zugleich der Gegenstand ihrer Arbeitung nicht nur, weil er immer kleine Leckereien und Geschenke für sie mitbrachte, sondern auch deswegen, weil er sich vor allen anderen Leuten durch eine Eleganz des ganzen Auftretens auszeichnete, die das Kind entzückte.

Sie sah ihn immer nur in Verbindung mit allen Herlichkeitern, die sie in seiner Umgebung gesehen. So wie er makte der Prinz Lautendorf aus den Märchen, die ihr erzählt wurden, aussehen. So hatte sie nach und nach eine leidenschaftliche Zuneigung für ihn gesetzt, wie man sie häufig bei kleinen Mädchen jungen Männern gegenüber findet, die man mit dem in der Ferne aufblühenden Morgentosch der Liebe in einer Kinderseele vergleichen kann. Wenn sie irgend eine Sache nicht gerne hat, so genügte ein Blick, ein mahnendes Wort Freund Andree's, daß sie sofort willig folgte. Sie gehörte ihm gern, und Andree fand zu seiner eigenen Lieberrührung eine eigenhümliche süße Freude daran, der Gegenstand dieser kindlichen Schwärmerei zu sein.

am Stein der Freiheits- und Reformfreunde, ein höchst schätzbares Hilfsmittel für die Kartellpolitiker. Unsere socialdemokratischen Volkstribunen dienen tatsächlich in sehr erfolgreicher Weise dem Rückschritt, der Zwangsgezeggebung, der Polizeiwirtschaft. „Vertreter der Arbeiter“ sind sie nur insofern, als sie deren Interessen mit Füßen treten. Wenn die Arbeiter nicht auf beiden Augen blind sind, so müssen sie doch allmählich merken, daß jeder, der einen Genossen von Singer und Liebknecht wählt, die Geschäfte des Freiherrn von Stumm besorgt.“

Das Hauptorgan der Conservativen, die „Schles. Ztg.“, kann das nur bestätigen. Wir könnten den ganzen Leitartikel, den sie diesmal verrätherischer Weise von Berlin datirt, und der überschrieben ist „Umsturz und Socialpolitik“, abdrucken, wenn der Raum der „Volkswacht“ das gestatten würde. Dieser Artikel bietet eine ausgezeichnete Illustration zu dem Bündnis, das offenbar in den letzten Tagen zwischen den Cartellparteien und dem rechten Flügel der Ultramontanen geschlossen worden ist — ein Bündnis zum besseren, gemeinsamen Weiterknechten und Weiterhindern des werkältigen Volkes.

Die Zeilen aber, zwischen denen dieses Bündnis hervorleuchtet, sollen denn doch an dieser Stelle festgehalten werden.

Die „Schlesische Ztg.“ triumphirt u. A. zunächst darüber, daß die Socialreform nunmehr endgültig begraben ist. Minister von Berlepsch habe den Entwurf eines Gesetzes zur Fortsetzung der Socialreform bei Beratung des Arbeiterschutzgesetzes schon fertig in der Mappe gehabt. Jetzt bleibe dieser Gesetzentwurf natürlich in der Mappe stecken und mit der Socialreform sei es Essig: „Das ist das eine wichtige Ergebnis,“ meint die „Schlesische Zeitung“?

Dann fährt sie fort: „Das andere aber ist, daß das Centrum, statt in die Opposition abzuschwanken, seine Erwartung baldigster Einbringung jenes Gesetzentwurfs stillschweigend fallen gelassen und sich, wie die Erklärung des Dr. Lieber bewies, mit dem Standpunkte der Regierung zufrieden gegeben hat.“

Man kann hieraus erkennen, wie sich die Dinge in der Umsturzcommission und im Reichstage jetzt abspielen werden oder mindestens nach conservativ-klerikaler Abmachung abspielen sollen.

Die rechte Seite der Centrumspartei soll der Regierung die heißen Kastanien des Umsturzgesetzes aus

Gewöhnlich kam er Donnerstag, dem Tag, wo Magdalene in der Schule frei hatte. Johanna war dann immer zugegen und schaffte fleißig an ihrer Arbeit. Aber wo war die Zeit geblieben, in der sie sich Andree gegenüber in feindselige Rüte hütte? Jetzt empfing sie ihn mit strahlendem Lächeln. Sie wußte nun, daß er gut und ebel, ein Freund der Armen und Schwachen war, daß er ihren Stolz achtete, und sie sagte mit ihrem Lächeln nur: „Willkommen bei uns!“

Sie hörte lieber zu, als daß sie sprach, sobald die beiden Männer erst mit ihrer Unterhaltung im Zuge waren. Kaum, daß von Zeit zu Zeit ein Wort von ihren Lippen kam, um den Großvater zu beschäftigen, wenn er sich fortsetzen ließ oder um Andree ein wenig zu verpotten, wenn er eine gar zu bourgeoismäßige Ansicht vertrat. Aber ihre schwarzen Augen, die dann plötzlich aufblitzen, zeugten von dem Interesse, das sie an der Unterhaltung nahm. Ob Andree sie gern aufleuchten sah? Man konnte es fast glauben, denn oft reizte er das junge Mädchen durch Paradoxen, an die er selbst nur halb glaubte. Hier machte es ihm Vergnügen, sich zum Anwalt der Bourgeoisie zu machen.

„Die Bourgeoisie!“ rief das junge Mädchen. „Soll ich Ihnen sagen, welches Ihr größtes Laster in meinen Augen ist? Ihre Heuchelei. Über alle Dinge hat sie zwecklose Ansichten, die eine zum Schein, zur Täuschung — die andere für die Praxis. Sie liegt und heuchelt, ja, mein Herr, sie liegt jetzt und wird immer liegen.“

dem Feuer des Volksunwillens herausholen und wird überall den Volksmassen, die ihnen bis jetzt noch in ihrem Barne zu erhalten gelungen ist, vorzubereiten versuchen, daß die Socialdemokratie die Reaktionsschreie selbst verschuldet habe und an allem Unglück schuld sei, und daß das Arbeitervolk nichts Gescheiteres thun könnte, als sich von der socialdemokratischen Partei abzuwenden und der Volksfreundlichkeit der Centrumsmänner felsenfest zu vertrauen.

Es steht nun die Frage so: Ob sich das so lange von den freimaurerischen Herren an der Masse herumgefahrene Volk wiederum wird anführen lassen, oder ob an diesem neuesten, frechsten Versuche ungeheuren Volksbeträugs die ultramontane Partei endlich — wie sie es schon lange redlich verdient hat — zu Scherben zerstossen wird.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird vom Rhein her und von Süddeutschland, von überall aus den Heerlagern dieser absehnittem gewissenlosen Schwarzenklanßbande, wo das Volk nicht ganz von der freiheitlichen Bevölkerung abgesperrt ist, der Entrüstungsruf erschallen:

„Jetzt ist's genug, Ihr seid als Feinde und Volksfeinde erklart,“ und Lautende und Abertausende werden hinzufüßen: „Nun schaute wir uns in Massen zu unseren Brüdern, den viel verleumdeten und von Euch so ditier gehaften Socialdemokraten!“

Politische Rundschau.

— Dem Gesetzesrat über den „Briefdiebstahl“, das die Conservativen jetzt anlässlich der Veröffentlichung eines im Reichstage verlorenen Briefes durch die „Leipziger Volkszeitung“ erheben, wird von der „Voss. Zeit.“ durch allerlei Erinnerungen an die Thaten conservativer Größen einer früheren Zeit entgegnetreten. Das Blatt schreibt:

„Wenn der unvermuht an die Deffentlichkeit gebrachte Inhalt geheimer Aktenstücke oder vertraulicher Briefe den Urhebern unbedeute Erörterungen zuzieht, so ist die einfauste, aber darum auch durchdringlichste Tactic, in ein Entrüstungsgesetz über Diebstahl und Vertrauensverletzung auszubrechen, um durch den Lärm über die Form der Veröffentlichung die Aufmerksamkeit von dem Inhalt abzulenken. Die ganze conservative Presse ist voll von moralischen Betrachtungen über die Riedeträchtigkeit, deren Opfer die Herren von der Gräben-Arenstein, von Plötz und der „hohe Chef“ Freiherr von Manteuffel geworden sind. Man untersucht, ob man nicht Herrn Schönlan, der „dringend verdächtig“ ist, des Diebstals überführen, und wenn auch nicht ins Buchthaus, so wenigstens ins Gefängnis bringen könne. Briefe fehlen, Briefe, die Karlsruhe führt der Rechten vertraulich im Postraum liegen lassen! So etwas hätte ein conservativer Mann nun und immer gehabt! Wo gäbe es bengleifer in der Geschichte der conservativen Partei? . . . Wenn in dem Postraum ein Brief gefunden worden wäre, in dem Herr Seebel sich für die blutige Revolution ausspräche — er ist nicht Herr genug, solche Abfertigungen zu haben oder welche Briefe zu schreiben — ob alle Mitglieder der Rechten die gleiche Entrüstung über die

Sie brüderlich mit ihrer Wohlthätigkeit und betrachtet diejenigen, welche Ihre Wohlthätigkeit annehmen. Sie ist die begeisterte Vorreiterin der Arbeit, zieht aber vor diejenigen den Hut am liebsten ab, welche nicht arbeiten. Sie heißt es gut, wenn ihre Stadtmutter als Wahlkandidaten Alles versprechen und herren, wenn sie Abgeordnete oder Minister geworden sind, Alles verweigern. Sie ist seit es überall aus, daß es seit 1789 keine Sklaven mehr gäbe in Frankreich und sie läßt keine Gelegenheit vorübergehen, eine unschuldige zu lassen, daß wir nicht zu ihren Freuden gehören, gerade so wie es realistisch die Engländerin bei Ihnen war. Im Theater läuft sie dem Gelben, der ein Meister von Selbstlängigkeit und Zottigkeit ist, Beifall, und im wirtschaftlichen Leben macht sie aus der Erfüllung ein Selbstgefühl, einen handelsschwierigsten Art! Zeigen Sie mir etwas Klügeres, etwas Weisheitsbares, als diese Behandlungen über die Wichtigkeit eines Mädchens, über die Summe, welche die Eltern geben müssen, damit man dem Mädchen die Ehre erweckt, es zu heirathen! Ich bin froh darüber, daß ich ein Mädchen aus dem Volle bin und mich nicht wie Dich verschachern lassen brauche. Aber, ja vertheidigen Sie doch die eilen Gefäße der Bourgeoisie, ihre Differenzen, ihrer Geschäftsmuth! Sie eile ich mich an, Ihre bürgerliche Geschäftigkeit! Was! —“

Und indem sie so sprach, läßt sie Johanna ihr lippiges, schwanges Haar, ihre Augen prahlend auf, die seine Stöße flog in ihre bleichen Wangen. Ihre Lippen frönen sich zu einem geringschätzigen Lächeln.

Veröffentlichung zur Schau getragen hätten wie über den Abdruck des Briefes des Herrn von der Gräben? Einige hätten die Veröffentlichung vielleicht noch als patriotische That gefeiert. Denn der Zweck hätte die Mittel geheiligt. Nicht der stille Unwillen spricht aus den Auslassungen der conservativen Presse, sondern der politische Ärger, der allerdings zu begreifen ist. Wie peinlich, daß die Stellung des Bundes der Landwirthe zu Herrn von Kölle aller Welt bekannt geworden ist!

Und nun erinnert das Blatt an den früheren conservativen Ministerpräsidenten von Manteuffel, der durch einen bezahlten Buchhändler, Techon, die Briefe des Generals v. Gerlach und anderer hochstehender Personen nicht finden, sondern aus mit Nachschlüsseln geschaffenen Schreibstücken etc. fehlen und sich zutragen ließ. Die scheinbare Entrüstung der Herren Conservativen über den begangenen „Vertrauensbruch“ wird durch diese unschönen Erinnerungen wohl ein wenig abgebaut werden.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in derselben Angelegenheit: „Der „Bund der Landwirthe“ betrachtet, das geht aus dem Scheinen ganz klar hervor, den Minister v. Kölle als seinen Schutzpatron in einem Maße, daß man sich bei ihm über das „unerhörte“ Verhalten des Oberpräsidenten von Oberschlesien beschwert. Es muß in der That den Conservativen und dem „Bund der Landwirthe“ äufze si unangenehm sein, wenn diese Dinge an die Deffentlichkeit kommen . . .“

In Abgeordnetenkreisen verübt man ganz bestimmt, daß die Veröffentlichung nicht von socialdemokratischen Abgeordneten, ja wahrscheinlich überhaupt nicht von einem Abgeordneten ausgetragen sei. In der That können an der Aufdeckung der Quertriebereien, in die sogar Männer verwickelt werden sollten, ganz andere Kreise interessiert seien, als die Socialisten, wie ja offenbar auch die „Hofnachrichten“ dem „Vorwärts“ aus hochstehenden Kreisen zuzeigen. Es wird sogar hinzugefügt, daß gerade in dem Zimmer, aus dem der Brief verschwunden war, andere Leute als die Socialdemokraten verkehrten. Wie die Sache auch liegen mag, die socialdemokratische Fraktion verurtheilt offiziell die Handlungsweise eines Abgeordneten, der sich dazu hergeben würde, einem Collegen gehörige Schriftpapiere zu entwenden. Die Veröffentlichung jedoch aber ist eine That, vor der kein Diplomat sich gescheut hätte. — — —

— Einem Däupjer auf die „Begeisterung“, welche hier und da schon wieder für die an hohen Stellen gewünschte Vermehrung der Marine zeigt, sollte eine rechtzeitige Übersicht gegeben werden, welche der Abgeordnete Müller-Sulda (Genua) bezüglich der Ausgaben der deutschen Marineverwaltung aufgestellt und der Budgetcommission des Reichstages überreicht hat. Es steht hier darin die Belastung des österreichischen Ausgabe-States durch die Marineverwaltung:

für das Jahr 1876	am	21,281,042	Mit.
"	"	1877.78	23,914,545
"	"	1878.79	26,410,000
"	"	1879.80	27,458,283
"	"	1880.81	28,748,100
"	"	1881.82	29,919,406
"	"	1882.83	30,015,589
"	"	1883.84	29,059,901

So diesem Augenblick sah sie wunderbar schön aus. Andere sprach über seine Verzierung ganz und gar kein Lobtheit.

Plötzlich sprang Magdalene vor seinem Schafe, eilte an das junge Mädchen zu und sagte in bittendem Tone:

„Ich will nicht, daß Du Freund Andree böse bist, Mutterchen!“

Die beiden jungen Leute brachten im Soden aus. Andree hielt seine kleine Verhältnisse, die ihm nahestanden zu Hilfe gesessen waren und versprach ihr zur Belohnung eine Geschichte.

„Ach ja!“ legte das Kind, „eine Geschichte mit Eltern und Kind!“

Siehe überlegte einer Moment; dann begann er folgendermaßen:

„Es war einmal ein kleines Mädchen, das in einem Dorfe wohnte. Es war ein sehr kleines kleines Mädchen, das die Blumen und alle Dinge lieb hatte. Als es eines Tages eine Fliege auf dem Bege sah, blieb es stehen, damit sie vorbeifliegen könnte. Wenn es einem Vogel begegnete, rief es ihm zu: „Guten Tag, Herr Vogel.“ Und der Vogel erwiderte ihm von seinem Zweige herab: „Danke dir, Kleines.“ Die Verhältnisse zeigte sich vor ihm, wenn es vorüberging und hörte es mit seinem Zweig, und die Schmetterlinge pfefften mit ihrem kleinen Schnabel: „Es lebe unsere kleine Freunde!“

„In dem Dorfe wohnt auch ein kleiner Vogel mit

für das Jahr 1884.85	auf	29,724,688	Mit.
"	"	1885.86	41,118,400
"	"	1886.87	38,995,200
"	"	1887.88	42,135,300
"	"	1888.89	40,431,700
"	"	1889.90	45,245,200
"	"	1890.91	46,648,500
"	"	1891.92	62,035,400
"	"	1892.93	72,650,400
"	"	1893.94	70,923,300
"	"	1894.95	71,647,400
"	"	1895.96	81,315,128

Die außerordentlichen Ausgaben der Marinewerwalzung betragen in den Jahren 1876 bis 1895.96: 4,769,300, 26,577,000, 31,038,600, 18,614,010, 11,614,010, 11,618,200, 9,373,558, 6,728,200, 9,693,825, 26,915,900, 11,556,200, 12,199,100, 11,085,700, 11,632,100, 10,763,800, 26,306,200, 24,739,000, 19,317,700, 10,619,000, 4,231,260, 7,342,800 Mark.

Und angehends dieser riesig gestiegenen Ausgaben für die Marine wagt man noch immer neue und höhere Anforderungen an den Geldbeutel der Steuerzahler zu stellen? Wohin steuern wir denn mit unseren stolzen Kriegsschiffen?

— Neue Waffmittel zur Hebung unserer Cultur! Erst kürzlich haben wir über die furchtbare Feuerwirkung des neuen fünfmillimetrischen Gewehrs, das von der Steyrer Waffenfabrik für das österreichische Heer construitirt worden ist, berichtet. Es handelt sich, heißt es in einer durch die bürgerliche Presse laufenden Notiz, um eine Waffe, womit die österreichische Infanterie ausgerüstet werden soll, „sobald die Nachbarmächte das Bedürfnis fühlen, die Bewaffnung ihrer Infanterie zu ändern.“ Wie das neue Werkzeug im Dienste des legitimen Massenmordes wirkt, ist unerkenntlich bekannt; die durch das fünfmillimetrische Gewehr verursachten Verlebungen sind grauenhaft, das Geschosz zerstreut und zertrümmert Gewebe und Knochen auf sehr weite Strecken im Flage. Die Kugelfrakturen des deutschen Militarismus aber verspürt Feder, der die mit auffälligem Eisern verbreitete eben erwähnte Notiz, genauer sich anschaut. Wenn die „Nachbarmächte“, wenn also auch Deutschlands Heeresleiter das „Bedürfnis“ nach einer Aenderung verspüren! Nun, es wird ja in einem fort geändert, Bündnadel, Mauser, Repetiergewehr, Magazinegewehr, Herabsetzung des Kalibers. Dem fünfmillimetrischen muß das acht-millimetrische weichen, auch wenn eben erst Millionen deutscher Steuergelder ausgegeben worden sind, denn die Technik der Bewaffnung schreitet reißend schnell fort. Und damit der Körner nicht fehle, heißt es noch: „Die Ministerien Frankreichs interessieren sich lebhaft für das neue Gewehr, und alle erforderlichen Dispositionen sind getroffen, um im Bedarfssalle der französischen Infanterie die neue Waffe in die Hand zu geben.“ Dann freilich muß auch der deutsche Michel „Dispositionen“ treffen, und so wird hüben und drüben gerüstet, bis das Volk verblutet.

— Gefrier-Übungen. Der „General-Anzeiger für Cöln-Sölden“ schreibt: „In einigen Gegenden Deutschlands sind in den letzten Tagen trog-

einem großen Garten, der von einem vergoldeten Gitter umgeben war.

„Wie der Park Monceau wohl?“ unterbrach Magdalene den Erzähler.

Gerade so. Und in diesem Garten waren dichte Gebüsche ganz voller Blüthen, welche das kleine Mädchen nicht kannte, und dann gab es da auch viele Vögel, die von Zweig zu Zweig flogen und sangen. Sie wäre gern in den Garten eingetreten, um sie in der Nähe zu sehen, aber sie wagte es nicht. Sie hatte von weitem durch das Gitter große Hunde gesehen, welche die Vorübergehenden anbellten, und auch eine schöne Dame, die ein reizendes rosa Atlaskleid trug, in dem sie wie eine wandelnde Blume aussah. Die Kleine fürchtete sich vor den Hunden und fast noch mehr vor der schönen Dame. Sie glaubte, man würde sie für eine Bettlerin halten und fortjagen, denn sie hatte nur ein schlechtes, vielfach gesplittertes Kleid und Schuhe, aus denen die Füße herauschauten, an. Sie war arm.

„Sag doch, Freund Andree, warum war sie denn arm?“

Andree stockte infolge der unerwarteten Unterbrechung. O diese Kinderfragen! Wie dringen sie oft tief in den Kern der Sache ein, ohne daß sie es wollen! In Erwähnung einer besseren Kunst sagte er mit wertschätzendem Ernst: „Sie war arm, weil ihre Eltern arm waren.“

(Fortsetzung folgt.)

der furchtbaren Kälte Nachübungen unter freiem Himmel abgehalten worden. General Graf Hässler hatte z. B. für die Meier Besatzung ausdrücklich die Ermächtigung zu einer dreitägigen Winterübung erhalten, die vom 5. bis 9. Februar stattfinden sollte, also gerade während der grimmigsten Kälte. Dass solche Übungen für hunderte von Soldaten Schädigungen der Gesundheit nach sich ziehen müssen, leuchtet wohl jedem ein. Selbst wenn die Nachwirkungen nicht sofort offenkundig auftreten sollten, so ist es doch sehr wahrscheinlich, dass bei vielen Soldaten sich hinterher die üblen Folgen zeigen werden. Einem Elberfelder Bürger, dessen Sohn in Meß steht, ging noch vor wenigen Tagen ein Brief zu, der das unmittelbar bevorstehende Ausrücken zur "Gefrier-Uebung" mit zwei Hemden und Leibbinde auf dem Körper und mit voller Bekleidung ankündigte. Gestern nun traf ein lakonisches Schreiben der Meier Lazarethverwaltung bei dem Vater jenes Musketers ein, das ohne jede weiteren Angaben mittheilte, dass der wenige Tage vorher noch ganz gesunde Sohn seit dem 9. Februar an Lungenentzündung schwer krank darniedergelegen. — Ob das auch eine Folge der Gefrier-Uebung ist? Man fragt sich: Was sollen diese Übungen nützen? Die Mannschaften, die man heute in den Schnee hinaus commandiert und die Nächte mit gefrorenen Wärteln und trocknen Mäntel zähneknirschend unter leichten Schichten oder am Feuer liegen, holen sich unter den Tod oder schwere Erkrankung, und besterfalls beweisen sie, dass eine fernige Natur selbst die schlimmste Behandlung erträgt. Aber das ist Alles. Dass diese Leute dadurch auch für die Zukunft im Gefangen der Winterkälte geübt werden, das glaubt doch kein Mensch. Sie brauchen nur einige Wochen aus der Kaserne weg zu sein, und alle Abhärtung ist spurlos dahingegangen. Ist es unter diesen Umständen der Ruhewert, Tausende von Söhnen unseres Volkes, tausend wackere Bürger der Gefahr auszusetzen, sich für die Zeit ihres Lebens gesundheitlich geschädigt zu sehen? Kommt so etwas im Krieg vor, nun wohl, dann ein nothwendiges Uebel. Aber im Frieden ist derartiges vom Uebel, weil es keinen Zweck hat. Heute dürfen wir das noch sagen. — Uebert's Jahr vielleicht würde eine gleiche Ausübung uns unweigerlich ins Gefängnis bringen. Pflicht eines Jeden, er gehöre an, welcher Partei er wolle, — Pflicht also auch eines unparteiischen Blattes ist es jetzt, so lange wir's noch dürfen, Einspruch zu erheben gegen eine solche Behandlung unserer Brüder unter den Waffen."

— Modernes Schulwesen. Der Erlass des Kultusministers Dr. Bosse betreffend Beseitigung der Armenschulen, scheint in manchen Districten keine Belebung gefunden zu haben. Aus der Provinz Pommern wird berichtet, dass ein Regierung- und Schulrat sich für Beibehaltung der Armenschulen ausgesprochen hat. Wir hoffen, dass seitens des Kultusministers gegen reactionäre Schulräthe vorgegangen wird, welche die Bedürfnisse unserer Zeit so wenig kennen, dass sie die auf eine tüchtige Schulbildung am meisten angewiesenen Kinder mit halber Unterrichtsversorgung abfinden wollen. Besäßen wir eine allgemeine Volksschule, in die auch die Kinder der Reichen gehen müssten, dann wäre solchen reactionären Geistigen ein Riegel vorgeschnitten.

— Aus dem ungarischen Tieflande kommen, wie man der „L. B.“ schreibt, sehr betrübende Nachrichten. In Folge der außerordentlich schlechten Ernte des vergangenen Jahres nimmt der Notstand einen ganz erschreckenden Umfang an. Das Elend offenbart sich hente nicht mehr blos in stiller Unzufriedenheit, sondern in stummen Brüsten der Verzweiflung. Massenabordnungen ziehen von einer Behörde zur anderen und mit Hinweis auf ihr wochenlanges Hungern fordern sie, dass der Staat, die Comitate oder die Gemeinden ihnen billige Darlehen bis zum Frühjahr bewilligen, damit sie im strengen Winter, wo sich kein Erwerb bietet, nicht Hungers sterben. Einzelne menschlich fühlende Gutsbesitzer drängen die Behörden und treiben sie zu raschem Handeln an. So hat z. B. die Stadt Bécs-Szaba beschlossen, den Rothleidenden bis zur nächsten Grütz unentgeltlich Getreide zu leihen. Derzeit ist die Aufzeichnung der nothleidenden Familien im Zuge. Die Behörden der verschiedenen Comitate im Tieflande überschwemmen die Regierung mit Berichten über das lawinenartige Wachsthum der socialdemokratischen Bewegung im Kreise der landwirtschaftlichen Arbeiter und der kleinen Bauern. Ein reicher Fundstoff ist da aufgehäuft. Die Ausbeutung der Gutsbesitzer, das hoffnungslose Elend, die sinnlosen, sehr oft bornirten Entzugsalzungen durch Polizeibehörden und ihre Organe, alle diese Umstände haben eine solche Sach-

lage geschaffen, dass der kleinste Anlaß genügen kann, um einen gewaltigen Ausbruch herbeizuführen. Die Regierung ist aber heute vollkommen ratlos und ganz unentschlossen sowohl über das, was da geschehen soll, als auch über das, was sie thun soll. Der frühere Minister des Innern hat nach zweijährigem Studium einen eingehenden Entwurf ausarbeiten lassen, wonach an alle Orte und Gegenden, wo die socialdemokratische Bewegung bemerkbar ist, besondere Regierungskommissionen zu entsenden wären mit sehr weiten Machtbefugnissen, denen die Aufgabe zugewiesen wird, die Regierung den Thatsachen entsprechend zu unterrichten und dringend erscheinende Verfügungen zu treffen. Eine besondere Pflicht dieser Regierungskommissionen sollte es sein, die allgemeinen sozialen und Arbeiterverhältnisse, die Gestaltung der Löhne, der Erwerbsfähigkeit, der Nachfrage nach Arbeitkräften, die Gestaltung der Verhältnisse der Latifundien wahrzunehmen und ähnliche einschlägige Beobachtungen anzustellen. Dieser Plan war schon vollkommen ausgestaltet, ja selbst die Liste der zu ernennenden Kommissionen war bereits zusammengestellt — die inzwischen eingetretene Ministerkrise hat diesen ganzen Plan von der Tagesordnung abgesetzt. Der neue Minister des Innern ist kein Freund dieses Entwurfs und demnach durfte dieser vorläufig nichts zur Durchführung gelangen. Vorläufig weiß man jedoch in Regierungskreisen nichts anderes was da außer den bereits getroffenen Verfügungen noch zu geschehen hätte. Die bereits getroffenen Verfügungen heißen jedoch kurz: „Belagerungszustand“ und alles was drum und dran hängt: Blätterbeschlagnahmen, Versammlungsverbote, Haustürzungen, Verhaftungen, Schubierung, Prozessierungen und Verurtheilungen, und last not least: Garnisonsvermehrungen. Die ortspolizeilichen Organe sowie die Gendarmerie sind fort und fort bei Tag und Nacht auf den Beinen, um geheime Zusammenkünfte aufzukundschaften, eventuell zu sprengen und die Theilnehmer zu verhaften. Es herrscht die reise Willkür; die Sicherheit der Person und auch der Vermögens ist gefährdet durch die Willkür der Behörden. Die liberalen Herrschaften heilen das Elend mit Thatlosigkeit, die Unzufriedenheit mit Belagerungszustand und wenn nötig — mit blauen Bohnen!

— In der französischen Kammer beabsichtigt die socialistische Fraction, wie schon kurz mitgetheilt, einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher den Zweck hat, die auf die Vaterschaft bezüglichen Stellen im bürgerlichen Gesetzbuch entsprechend abzuändern. Das jetzige Gesetz, welches den Grundzusatz aufgestellt hat: die Nachforschung nach der Vaterschaft ist verboten, führt zu den grausamsten Consequenzen im wirklichen Leben. Um so verdienstvoller scheint der Versuch, diese fraktkreis im sozialen Körper heilen zu wollen. — Nachstehend der Wortlaut des Entwurfs:

Artikel 331. Die arferehelich geborenen Kinder haben dieselben Rechte und dieselben Pflichten wie die ehelich geborenen. Artikel 332. Die Väter und Mütter sind verpflichtet zur Erhaltung ihrer Kinder entsprechend ihren beiderseitigen Vermögensverhältnissen beizutragen. Artikel 336. Die Nachforschung nach der Vaterschaft ist zulässig, vorausgesetzt, dass schriftliche Beweise derselben oder bestimmte Thatsachen oder hinreichende Zeugenaussagen vorhanden sind. Artikel 337. So lange das Kind minderjährig ist, fällt die Nachforschung nach dem Vater der Mutter oder dem Vormund zu. Artikel 338. Die Frau kann sich schwanger erkennen, den Vater des Kindes bezeichnen und noch vor ihrer Entbindung den Prozeß beginnen. Artikel 339. Wenn die Mutter nachweist, dass der anerkannte Vater ihr die Heirath versprochen hat, hat sie das Recht, eine Alimentationsgebühr zu beanspruchen. Dieselbe kann eingestellt werden, wenn ihre Nothwendigkeit entfällt. Artikel 340. Ist die Mutter älter als 25 Jahre, so hat sie kein Recht auf die Alimentationsgebühr, wenn der Vater jünger als 18 Jahre ist. Artikel 341. Steht sich heraus, dass jemand in verleumderischer oder böswilliger Absicht als Vater bezeichnet wurde, so kann die Frau gerichtlich verfolgt und wegen Verleumdung bestraft werden.

Diesem Antrag ist eine Statistik beigelegt, aus welcher erschlich wird, dass gegenwärtig unter 1000 Geburten 87 uneheliche sind. Unter 38,133,385 Bewohnern Frankreichs sind derzeit nicht weniger als 1,500,000 unehelich geboren.

— Aus dem Reiche des russischen Despoten melden bürgerliche Blätter: Der Rector der Universität Moskau bestätigt durch Anschlag am schwarzen Brett, dass diejenigen Studenten, die an den Czaren wegen Änderung der Universitätsstatuten eine Petition gerichtet haben, verhaftet worden seien, ebenso mehrere Studenten, die einer geheimen Verbindung angehören.

Der Rector warnt vor Theilnahme an den Landsmannschaften. — Verhaftet und wohl für ewig vernichtet wegen einer Petition aus Vertrauen zum guten Willen des Selbstherrschers!

— Aus Australien wird berichtet, dass die Conferenz der australischen Premierminister die aus 44 Artikeln bestehende Bill zur Gründung eines australischen Bundes genehmigte. Wenn drei Colonien die von einer Convention auszuarbeitende Verfassung annehmen, soll dieselbe der Reichsregierung zur Sanction unterbreitet werden. — Aus Hobart (Tasmanien) wird ferner gemeldet: In der letzten Sitzung der Postconferenz der australischen Colonien wurde beschlossen, dass in allen künftigen Contracten zur Förderung der englischen Post die Klausel eingesetzt werden sollte, dass Farbige auf diesen Dampfern nicht beschäftigt werden dürfen. Selbstverständlich liegt diesem Beschluss keine Antipathie gegen die Farbigen als solche zu Grunde, sondern seine Tendenz ist, das Verunterdrücken der Heuer durch Annahme bedürfnisloser farbiger Seeleute zu verhindern. Durch unbefangene Bürdigung solcher Fragen haben sich die australischen Colonien, wo das Arbeiterelement sehr einflussreich ist, stets ausgezeichnet.

Wie man uns behandelt — ohne Amsturzgesetz.

Unter dieser besonderen Rubrik wollen wir für einige Zeit fortlaufend einen Theil dessen registrieren, was Behörden aller Art gegen uns in Maßnahmen sich gestatten, ohne dass wir Anspruch darauf erheben, auch nur irgendwie erschöpfend in der Berichterstattung zu sein. Aber schon der erste Tag des Sammelns bietet eine überraschende Ausbeute:

— Aus Zwittau wird gemeldet: Der 9200 Mitglieder zählende Verband sächsischer Berg- und Hüttenerbeiter wurde aufgelöst, demselben Schwale verfiel die Begräbnisskasse des Verbandes, der 17,000 Mitglieder angehörten. Das Vermögen des unterdrückten Verbandes belief sich auf gegen 100,000 M.

Nun wird man natürlich das mühsam und pfennigweise von den Arbeitern zusammengebrachte Geld mit Beschlag belegen. Welche Begriffe mögen die Arbeiter wohl von der Amsturzvorlage bekommen, die doch bestreut ist, dass Eigenthum gegen umstürzlerische Angriffe zu schützen?

— Summarische Behandlung. Der Gemeindevorsteher von Salbitz verbot das anmeldete Bergmännchen eines Arbeiter-Gesangsvereins und fügte, wahrscheinlich um jeder weiteren Belästigung vorzubeugen, folgende Erklärung bei: Weitere Anträge, welcher Art sie auch sein mögen, bleiben unberücksichtigt. — Hoffentlich wird gegen diese offbare Gesetzesverletzung Beschwerde erhoben.

— Der Vorstand des Turnvereins zu Olvenstedt bei Magdeburg erhielt vom Amtsvoirsteher die Aufforderung, binnen 24 Stunden die Mitgliederliste einzureichen, widrigfalls er in eine Strafe von 50 M. genommen werden würde.

— In Grünberg i. Schl. wurde ein Genosse zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt, weil er einen Boykottaufruf mittels Schablonen an mehrere Häuser gespielt hatte. Strafverschärfend war, dass die Frevelhat gerade an Kaisers Geburtstag begangen war, weshalb auch die Untersuchungshaft nicht angerechnet wurde.

— Die Leipziger Amtshauptmannschaft scheint der Leipziger Polizei im Verbietungseifer nicht nachzustecken zu wollen. Eine Volksversammlung in Thessa, in der über „Säuglings- und Kinderkrankheiten“ referirt werden sollte, wurde wegen „dringender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung in gesundheitlicher Hinsicht“ verboten.

— Unkenntnis der Gesetze schützt vor Strafe nicht — wenigstens nicht den Bürger; bei den Polizei-Organen scheint die Sache weniger schlimm zu liegen. So löst in Cossebaude ein Gendarm die Vereinsversammlung des dortigen Arbeitervereins auf, weil der Vorsitzende eine Anmeldungs-Bescheinigung nicht vorweisen konnte. Den Einwand, dass der Verein seine Versammlungen statutarisch festgelegt und die Statuten seiner Zeit bei der Amtshauptmannschaft eingereicht habe und deshalb der Verein nach § 21 des Vereins- und Versammlungsgesetzes auch nicht nötig habe, die Versammlungen einzeln anzurufen, wollte der Mann des Gesetzes nicht gelten lassen. Wer entfädigt nun den Verein für den gehabten Schaden?

Beilage zu Nr. 40 der „Volkswacht“.

Freitag, den 15. Februar 1895.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

37. Sitzung.

Donnerstag, den 14. Februar 1895.
Nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher u. A. Die Berathung des Staats des Reichskansels des Innern wird fortgesetzt mit Capitel 9 „Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen.“

Abg. Frese (freit. Vgg.) Es sei ihm nicht vergönnt gewesen, bei der Interpellation über die Verhütung von Seeunfällen im Hause zu sein. Er wolle daher heute Gelegenheit nehmen, der Regierung und dem hohen Hause Dank zu sagen für die Worte der Theilnahme und Anerkennung für die Besatzung der „Elbe“ und dem Norddeutschen Lloyd. Des weiteren giebt Redner eine Geschichte des Unglücks, aus der hervorgeht, dass die „Elbe“ den richtigen Kurs gesieueri sei und der englische Dampfer „Crathie“ hätte ausweichen müssen. Offiziere und Mannschaften hätten bis zum letzten Augenblick ihre Schuldigkeit gethan. Die Construction der „Elbe“ habe auch den weitgehendsten technischen Anforderungen entsprochen wie er Herrn von Manteuffel, der das neulich bezweifelte, hervorheben möge. Hätte die „Elbe“ einen doppelten Rode.. gehabt, so hätte sich der Zwischenraum zwischen den beiden Röden gefüllt, das Schiff wäre noch schwerer geworden und nur noch schneller gesunken. Deutschland könne auf eine Handelsmarine stolz sein. (Beifall links.)

Abg. Böbel: Ich würde zu dem Kapitel „Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen“ auch dann das Wort ergriffen haben, wenn die Interpellation Stumm-Manteuffel am letzten Sonnabend nicht vorgenommen, wenn der Unfall mit der „Elbe“ nicht eingetreten wäre. Und zwar deshalb, weil dieses Kapitel überhaupt von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Den Unfall mit der „Elbe“ würde ich auch heute kaum verhindern, wenn mir nicht vor 11^h, Stunden ganz unerwartet ein längeres Telegramm aus Bremerhaven von sachkundiger Seite zugegangen wäre, das das Unglück der „Elbe“ in einem ganz anderen Lichte als bisher erscheinen lässt. Die Dinge im Norddeutschen Lloyd sind nicht zweifelsohne, dass man sagen kann, es wäre alles geschehen, was geschehen könnte und geschehen müsste, um im Falle eines Unfalls, wie er die „Elbe“ getroffen hat, alle Maßregeln einzutreten lassen zu können, die in einem solchen Falle notwendig sind. Allgemein sei es bekanntlich auf, dass von den zahlreichen Rettungsbooten der „Elbe“ nur ein einziges gerettet wurde. Die „Elbe“ hat mindestens acht Rettungsboote gehabt. Nun wird in den Berichten der Umstand, dass von diesen acht oder zehn Booten nur ein einziges gerettet wurde, darauf zurückgeführt, dass der Unfall ganz unerwartet kam, dass der Untergang des Schiffes so rasch vor sich ging, dass ein großer Theil der Boote nicht mehr flott gemacht werden konnte, und drittens, dass von den zwei oder drei flott gemachten Booten in Folge der stürmischen See zwei verloren gingen. Es ist nun klar: die erste Bedingung, dass bei einem solchen Unfall die Mannschaft voll ihre Schuldigkeit thun kann, ist die, dass der Rettungsdienst gehörig eingerichtet wird, und dass die Rettungs-Vorkehrungen zum sofortigen Gebrauch bereit sind. Wie der Unfall sich zugegetragen hat, kann niemand genau sagen. Die Auszüge der geretteten Mannschaft sind widersprüchsvoll und ganz mit Recht macht mein Gewährsmann darauf aufmerksam, dass auf solche Aussagen um so weniger Gewicht zu legen sei, weil die Geretteten sich in höchster Lebensgefahr, also in grösster Todesangst befanden und alle Objectivität und Beurtheilung verloren. Ich bin bereit, dass Herrn Staatssecretär privatim Namen meines Gewährsmannes zu nennen. Gieht doch aus seinen Mitteilungen vor allem her vor, welchen außerordentlichen Wert die Behörden darauf legen müssten, dass, wenn es sich um die Untersuchung der Schiffszustände auf See handelt, auch diejenigen Kreise zu befragen sind, welche in erster Linie praktisch thätig sind, die Seeleute, die Arbeiter. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Da würden unsere Beamten eine Menge von Dingen erfahren, die sie aus dem Munde der Capitäne und Seoffiziere garnicht, oder nur schwer erfahren, weil diese Herren vielfach in einem Verhältnis zu den Reedern stehen, das sie wohl oder übel Gewisses zu verschweigen zwingt. Mein Gewährsmann telegraphirt mir nun folgendes: „Lloyd übt keine Bootsmänner! Seeleute, die 11 bis 18 Jahre im Dienst sind, haben solche Mandat noch nicht mitgemacht.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ja, wie ist es denn da denkt, dass in einem solchen Fall, wie in dem der „Elbe“, dann die Boote mit der notwendigen Geschwindigkeit und Exactheit herabgelassen werden? Da ist es dann nicht wunderbar, dass nur ein Boot gerettet werden konnte. — Das Telegramm sagt dann weiter: „Nach dem Unglück auf der „Elbe“ hier in Bremerhaven zahlreiche Schottenschließproben, die vordem selten vorkamen.“ Grade das rechte Schließen der Schotten ist bei solchen Fällen die Hauptfache. Aber das ist nicht so einfach: mein Telegramm sagt nämlich weiter: „Sonnabend auf der Sachsen“ ein bis zwei Stunden Schottenschließen gedauert, bis Hauptschott geschlossen werden konnte.“ Ja, wenn der Zustand des Hauptschotts so ist, dass ein bis zwei Stunden bei jedem Mandat notwendig sind, um es zum Schluss zu bringen, dann kann man sich ungefähr ausmalen, was überhaupt die ganzen Schotten in einem solchen Falle für Bedeutung haben. Übung mit dem Ausschwenken der Boote gingen schlecht heißt es weiter: das Ausschwenken der Boote bedeutet das Herunterlassen in's Meer — wegen Lebungsmaengels. Tauen und Winden durch Delsarbe verhindert.“ Man hat also gehan, als ob niemals ein solcher Unfall vorkommen könnte. Sind die Tauen und Winden mit jedem gewordener Delsarbe verkleistert, dann können die Boote nicht richtig heruntergelassen werden. War es so etwa auf der „Elbe“? Ich gehe nicht so weit, das zu bestreiten, aber die Wahrscheinlichkeit ist nicht von der Hand

zu weisen. Namentlich in Bezug auf den Mangel an Übung in der Handhabung der Rettungsboote und in dem Schließen der Schotten dürfte die „Elbe“ keine Ausnahme gemacht haben. Es wird dort so gewesen sein, wie auf den übrigen Schiffen. Noch auf einen weiteren Umstand macht mein Gewährsmann aufmerksam. Die „Elbe“ stand bereits 14 Jahre im Dienst; sie war also nicht etwa zu alt, aber doch alt genug, dass sich eine ganze Reihe ganz bedenklicher Mängel in ihrer inneren Bauart entwickeln könnten. Vielleicht waren die Scheidewände der Schotten schon vom Rost zerstossen, meint mein Gewährsmann; das könnte öfters vor. Wenn das der Fall gewesen wäre, würde alles Schottenschließen nichts genutzt haben, weil der Druck des Wassers von der Seite und von Außen so mächtig gewesen wäre, dass er diese ganz oder halb angefressene Scheidewände eingedrückt hätte. — Das ist es, was mir mein Gewährsmann mittheilt. Ich glaube, dass für die Reichsregierung die dringende Pflicht entsteht, einmal nachzusehen, ob in der That der Dienst auf unseren See-schiffen und zwar auf allen, in einer Weise gehandhabt wird, dass er den gerechten Erwartungen entspricht, die man auf die Sicherheit der Seefahrt für die Passagiere hegen darf. Am Sonnabend ist ausschließlich von den großen Passagier-dampfern gesprochen worden. Hier drängt aber schon die Concurrenz die großen Reederei, für möglichste Sicherheit zu sorgen. Wieviel dagegen immer noch gefehlt wird, habe ich eben gezeigt. Aber außer diesen großen Schnelldampfern schwimmen noch andere Schiffe auf dem Meere, die zum Theil keine Passagiere laden, deren Besetzungen aber im höchsten Grade fortgesetzt der Gefahr, auf See zu verunglücken, ausgesetzt sind. Auf die gesamte Hochseefahrt möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken. Bei einem Unglück wie dem der „Elbe“ ist mit Recht die ganze Welt entsezt. — Aber das Jahr für Jahr, ja Tag für Tag auf dem Meere soviel andere kleine Schiffe verunglücken, wo nur die Mannschaft uns Leben kommt, deren Leben aber grade so viel wert ist, wie das der Passagiere unserer Schnelldampfer — darnach wird leider nur allzumeinig gefragt. Und diese Schiffe bilden das grosse Contingent der Seeunfälle. Ich bin hier einmal der selben Meinung, wie der Abg. Frhr. v. Stumm: das ganze Beamtenpersonal, die ganze Einrichtung, wie sie bei uns für die Untersuchung von Seeunfällen vorgesehen ist, genügt in gar keiner Weise. Der Herr Reichskanzler hat erklärt, dass sich die Bemühungen der Regierung nach drei Richtungen hin erstrecken werden, 1. bezüglich der Sicherstellung der Seetüchtigkeit der Schiffe, 2. einer Regelung des internationalen Seestrafenrechts und 3. einer verbesserten Ausstattung der Seeschiffe mit Rettungsapparaten und Booten. Zu dem ersten Punkte hat er hauptsächlich die Unfallvorrichtungen auf den Schiffen im Auge. Wird dieses Programm erfüllt, so unterliegt es keinem Zweifel, dass eine Menge von Unfällen und Unglücksfällen schwerster Art verhindert werden können. Tritt ein internationales Seestrafenrecht in Kraft, dann werden zahlreiche Collisionen verhütet werden. Und die sorgfältige Überwachung der Ausrüstung der Seeschiffe mit Rettungsapparaten und Booten wird es ermöglichen, dass da, wo ein Schiff dem Untergange geweiht ist, zahlreiche Passagiere und Mannschaften gerettet werden, immer natürlich vorausgesetzt, dass alsdann die Rettungs-apparate auch im gegebenen Moment funktionieren. Das Schiff muss vom ersten Grund seines Entstehens an, einer fortgesetzten und gehörigen Controle in Bezug auf seine Sicherheit unterzogen werden. Ja, sagte der Herr Staatssecretär am Sonnabend, das würde gewaltige Kosten machen und Herr Frese hat das heute wiederholt. Und der Staatssecretär hat weiter hinzugefügt: „Wir würden auch im Bundesrat gegenüber den in Betracht kommenden Staaten, mit einem Gesetz, das solche Maßnahmen in Aussicht nähme, nicht durchdringen“. Hier liegt der Schwerpunkt. In seiner Broschüre hat der Capitain-lieutenant Wislicenus auf diesen Umstand bereits hingewiesen. Aber das kann für den Reichstag und für die Regierung kein Grund sein, nicht in der angebundenen Richtung vorzugehen, nötigenfalls über die Köpfe der Seestädte und Staaten hinweg. Das Preußen auf Seiten dieser Seestaaten steht sollte, ist nicht anzunehmen, denn der Staat, der die größten Küstenstädte an der Nord- und Ostsee besitzt, kommt bei der eigentlichen Hochseefahrt kaum nennenswert in Betracht; es handelt sich bei ihm hauptsächlich um die Küstenschiffahrt, die wir übrigens auch unter Controle gestellt wissen wollen. Für die Hochseefahrt kommen vor allem die drei freien Städte Lübeck, Hamburg, Bremen, daneben noch Oldenburg u. s. w. in Betracht. Die Hochseefahrt hat sich in den letzten Jahren rapid entwickelt. Auch bei ihr zeigt sich dieselbe Erscheinung wie überall: die kleinen Betriebe verschwinden immer mehr und die großen treten an ihre Stelle; die Segelschiffe werden durch die Dampfer, das kleine Segelschiff wieder durch das große verdrängt. Was aber die Besatzung der Schiffe betrifft so sehen wir, dass sich die Mannschaft der Schiffe ganz erheblich vermehrt hat. Die durchschnittliche Ladefähigkeit der Schiffe ist heute bedeutend grösser als früher, und es wird eine viel geringere Mannschaft mitgenommen als früher. Bei den Dampfern kam beispielsweise im Jahre 1878 ein Mann Besatzung auf 17,31 register tons. Im Jahre 1892 dagegen kam ein Mann Besatzung erst auf 32,61 register tons Ladefähigkeit. In dieser Entwicklung braucht an sich nichts Bedeutliches zu liegen. Da wo der Großbetrieb den kleinen verdrängt, verringt sich eben die Zahl der Arbeiter im Verhältnis zu der Produktionsfähigkeit des Betriebes. Die Frage ist nur, ob des guten nicht etwa zu viel gehabt wird, ob auf den Schiffen nicht doch weit weniger Mannschaft eingestellt wird als es der Natur der Sache nach erforderlich wäre, und ob hieraus nicht eine neue Gefahr für die Sicherheit der Schiffe entsteht. Herr Frese machte heut den englischen Schiffen den Vorwurf, sie führen mit zu geringer Mannschaft, ja aber sollte das nicht auch bei deutschen Seeschiffen kommen? Wer prüft das, wer stellt das fest? Leider Niemand. Wo ist die Behörde, die darüber wacht, dass die Schiffe mit der notwendigen Besatzung und im seetüchtigen Zustand ausgehen? Die haben wir nicht, aber genau in

gut, wie wir Fabrikinspectoren haben, müssen wir auch Schiffinspectoren erhalten. Da kommen die Kosten nicht in Frage. Herr Wislicenus ist von Niemanden widerlegt worden. Auch von Herr Zeben nicht. Wenn das Reichskanzler des Innern diese Broschüre so genau studirt hätte, wie ich sie studirt habe, nehmen Sie es mir nicht Abel, Herr v. Bötticher, es hätte die Antwort des Herrn Reichskanzlers etwas anders ausfallen müssen, als sie ausgefallen ist. Sollte man es für möglich halten, was z. B. Wislicenus anschrift, dass Schiffer auf See hinausgehen, ohne genügend mit dem guten Chronometern ausgerüstet zu sein? Vielleicht fehlen Navigationsinstrumente; das Schiff wird überladen, auch das hebt Wislicenus hervor. Nun will die Regierung dem „Germanischen Lloyd“, der als Schiffsklassifizierungsinstitut eingerichtet ist, eine Unterstützung aus Reichsmitteln gewähren. Wohl oder übel wird man die 20,000 Mark wohl bewilligen müssen, aber dem Zweck, der erreicht werden soll, wird damit nicht entfernt entsprochen. Vor allem muss die Classification innerhalb bestimmter Zeiträume unter allen Umständen vorgenommen werden. Durch Gelehr. muss vorzuschreiben sein, kein Schiffer darf sich dieser Pflicht entziehen. Jedes Schiff, das auf See geht, muss zuvor untersucht werden, ob es auch in seetüchtigem Zustand sich befindet. Von 1881 bis 1891 sind 1657 deutsche Seeschiffe ganzlich verloren gegangen. Dabei sind 3000 Menschen umgekommen. Die Unsäglichkeiten bei der Küstenschiffahrt sind bei diesen Zahlen noch gar nicht einmal mit in Betracht gebracht. Das Unglaubliche aber ist, dass von diesen 1657 Schiffen 130 verschwunden sind. Sie sind weg! Wislicenus hat eine Zusammenstellung der Ursachen einiger Schiffverluste in seiner Broschüre gegeben. Da heißt es: Nr. 45. Der Schoner „Familie“ lief gesprungen. Auf das hohe Alter und die hohe Declaration des Schiffes ist der Verlust zurückzuführen. Was heißt das? Der Reederei hat gewusst, dass das Schiff auf der See beim ersten Seegange untergehen müsste, hat das Schiff hinausgeschickt auf die Gefahr, dass die Mannschaft umkommt, weil er damit die hohe Versicherungssumme rettete. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Diese geradezu scandalöse Gewinnsucht auf Kosten des Lebens der Mannschaft tritt in ungähnlichen Fällen in diesen Listen an den Tag. Da darf die Regierung nicht mehr ruhig zuschauen. Die „Gargische“ sind leider auch für Deutschland eine gar zu bekannte Sache. Die Schiffe werden weit über ihren wahren Werth verschwunden und wenn sie dann sinken und die Mannschaft erschlägt, dann streichen die Reederei die Versicherungssumme ein. Redner Er müsste die Mannschaft nach Hause befördern. Das kostete ein schönes Stück Geld, das von der Assurance abging. Das war dem frommen Christen außerordentlich schmerzlich. (Burk rechts: Es wird ein Jude sein! Heiterkeit.) Na, mir auch recht. Aber dass die Reederei der Schiffe, die ich hier als verloren gegangen angeführt habe, in der übergroßen Anzahl Christen sein werden, unterliegt keinem Zweifel. Das Leben unserer Seeleute muss in anderem Maße als bisher geführt werden. Die Zahl der Unfälle bei der Schiffahrt ist gegenwärtig außerordentlich groß. Der Beruf der seefahrenden Bevölkerung ist der gefährlichste. Schon deshalb muss das Reich eine Behörde schaffen, die nach jeder Richtung hin fürsorge trifft, dass diese grossen und schweren Verluste an einem der besten Theile unserer Bevölkerung auf das denkbar geringste Maß zurückgeführt werden. Im Jahre 1883 sagte Mr. Chamberlain in einem Schreiben an die chamber of Shipping, „er habe die Überzeugung, dass für eine beträchtliche Zahl der im Jahre 1882 durch Seurhülle verlorenen 3118 Menschenleben die Reederei unmittelbar verantwortlich seien, da sie, um mehr Fracht zu befördern, oder um die Kosten der Ausfertigungen zu sparen, die Schiffe in gänzlich unentüchtiger Verfassung in See gehen lassen. Die Folge sei, dass während sie selber gegen Verluste gesichert seien, die in ihrem Dienst stehenden Seeleute entflogen und deren Familien an den Bettelstab gebracht würden.“ Eine stärkere Verurtheilung des Systems kann nicht gedacht werden. Und Angehörige solcher Thatsachen fordert die „Böschische Ztg.“ in einem Leitartikel, der ganz im Tone der alten mancherlichen Lehren abgefasst ist, den Reichstag auf, jede behördliche Einmischung in den deutschen Seehandel zu verhindern. Diese Einmischung muss geschehen. Das Reichsamt des Innern kann sie nicht vornehmen. Trotz allen guten Willens muss ihm die Sachkenntnis fehlen. Was ist nicht alles Herrn v. Bötticher unterstellt. Er müsste ein viel grösseres Genie sein, als er es ist. (Große Heiterkeit, Herr von Bötticher verdeckt sich dankend) um alles gründlich beurtheilen zu können. Wir müssen eine Reichsbehörde haben, die sich aus Sachverständigen zusammensetzt, und die objektiv und unbeeinflusst von jedem Privatinteresse die Dinge gestalten kann. Haben wir erst eine solche Behörde, dann wird sie gebrängt durch sich selbst mit Gesetzesvorschlägen kommen. Sie wäre weiter das geeignete Organ, internationale Vereinbarungen zwischen den Seemächten herzuführen. Seeunfälle werden sich niemals ganz befehligen lassen, aber sie können sehr vermieden werden, wenn den Reedern mehr auf die Finger gesehen wird. Dazu sollte der Reichstag mitthelfen. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Staatssecretär Dr. v. Bötticher: Der Herr Redner hat mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit und Wärme für ein gutes Ziel gefochten. Die Regierungen verfolgen dasselbe Ziel und sind sich bewusst, nichts außer Acht gelassen zu haben, um dieses Ziel zu erreichen. In seinen Angriffen gegen unsere Handelsmarine ist er aber entschieden zu weit gegangen. Die Broschüre des Herrn Wislicenus hat ja gewiss den Finger in eine Wunde gelegt, aber man muss doch bedenken, dass der Verfasser vor Allem eine strenge amtliche Kontrolle der Seefahrt verabschaffen wollte. Wir sind noch lange nicht am Ende unserer Maßregeln, wir eine feste Kontrolle über den Schiffsbau und über die notwendigen Vorschriften zum Schutz des Lebens und der Sicherheit auf Seeschiffen herbeizuführen. Nur glaube ich, dass sich dies auf das Ziel einer vernünftigen und angemessenen Behörde bezieht.

kontrolle, wie Bebel sie vorgeschlagen hat. Diese Behörde würde zunächst allgemeine Vorschriften über den Schiffbau zu erlassen und sodann bei jedem einzelnen Schiffe prüfen haben, ob diese Vorschriften auch befolgt worden sind. Das würde einen kolossalen Apparat und eine weitverzweigte internationale Kontrolle erforderlich machen. Einfacher lässt sich dasselbe durch die von mir vorgelegte amtliche Benutzung des Germanischen Lloyd erreichen. Auch die Frage, ob die Benennung der Seeschiffe in allen Fällen genügt oder nicht, hat der Herr Vorredner gestreift. Ich kann mitstellen, daß über diese Angelegenheit bereits internationale Besprechungen der Regierungen stattgefunden haben. Die englische Regierung ist bereits dabei, Erhebungen hierüber zu veranstalten. Ich habe auch den Einbruck, daß das Unglück der „Elbe“ durch die ungeeignete Besatzung der „Grathie“ verschuldet worden ist. Der Herr Vorredner hat gegen die Rhederi einen Vorwurf erhoben, daß die „Elbe“ nicht ausreichend mit Rettungsbooten ausgerüstet war und die Gangbarkeit der Schottentürmen zu wünschen übrig ließ. Mir liegen hier die Vernehmungs-Protocolle der geretteten Mannschaften der „Elbe“ vor. Aus diesen Aus sagen geht hervor, daß weder die Rheder noch den Kapitänen der „Elbe“ irgend einen Vorwurf treffen kann. (Hört! hört!) Das Unglück ist dadurch herbeigeführt worden, daß Backbord und zugleich eine Schotte durchstoßen worden ist. Was die Boote ansiegt, so wird es nie möglich sein, alle Passagiere und Mannschaften mit den Booten zu retten. Die Boote sind sehr nützlich, wenn der Unfall in der Nähe des Landes passiert, auf hoher See nutzen sie wenig. Die Mitteilungen des Bebel'schen Vertrauensmannes kann ich nicht in Zweifel ziehen, ich weiß nur aus früheren Berichten, daß die Mannschaften des Lloyd auf Reisen das Bootsaussehen aben. Die Handlungswise des Rheder Schiff in Eisfleisch wird Niemand verteidigen, aber gegen die Ehrenhaftigkeit und Treue der Rheder im Allgemeinen läßt sich aus diesem einen Vorfall kein Schluss ziehen. (Bravo rechts.)

Abg. Leibniz (natl.) nimmt die deutschen Rheder gegen den von socialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurf des strafbaren Eigennutzes in Schutz. Dem Staatssekretär sei er dankbar für die schönen Worte, die er dem Rhederstande gewidmet habe. Die Rheder versicherten ihre Schiffe nicht zu hoch, weil Sabotage viel häufiger vorkommen, wie Totalverluste. Er erläutere ausdrücklich, daß seine Rhederi und die Woermannsche nicht besser seien als die der großen Reeder. (Bravo rechts.) Trotzdem die Versicherungsprämie fortgesetzt herabgesetzt werde, zahlen die Versicherungs-Gesellschaften doch 10–15 pG Dividende. Einen besseren Beweis für die Sicherheit der Schiffe gäbe es doch nicht. Wenn die Sicherheit der Schiffe noch zu erhöhen ist, so würden er und die deutschen Rheder materielle Kosten gewiß nicht scheuen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lieber (Centrum). Unsere Handelsmarine würde keiner andern der Welt nach und der Lloyd, der innerhalb 28 Jahren über drei Millionen nach Amerika befördert habe, sei zu den breiten Schiffahrtsgeellschaften der Welt zu rechnen. Neben die Richtigkeit des Inhalts des an Herrn Bebel gerichteten Telegramms werde man wohl noch später hören. Herr Bebel würde hoffentlich der Letzte sein, der den Satz nicht gelten läßt. „Eines Mannes Rede, ist keines Mannes Stille, man muß sie hören alle beide.“ So sicher werde man niemals auf der See fahren, wie auf dem Lande und auch eine Reichsaufsicht des Schiffbaus werde mich viel zu erhöhte Sicherheit beitragen können. Er erinnerte an die Unfälle, die Einschiffen be troffen hatten, z. B. an den Unfall des Kriegsschiffs Brandenburg, daß kaum gebaut, schon von einem schweren Unfall betroffen wurde.

Abg. Dr. Goertz (Fübat, freis. Egg.) Die deutsche Rhederi habe den Vorzug vor allen Rhederien der Welt, daß sie technisch und wissenschaftlich gebildete Capitäne habe. Gerade die Beurteilung, welche das Unglück der „Elbe“ im Ausland gefunden habe, bestätigte den deutschen Reichstag, für die deutsche Marine und freilich den Bremer Lloyd einzutreten. Die Sicherheitsfahrt der deutschen Schiffe und das Gemüth der deutschen Rheder, alles für die nötige Sicherheit zu thun, ist über allen Zweifel erhaben. (Beifall.)

Abg. Dr. Hahn (Wildensteiner) hält keine am Sonnabend gemachten Behauptungen über die häufige Arbeitsüberlastung der Offiziere und Mannschaften auch mit den Schiffen des Bremer Lloyd aufrecht. Eine Beaufsichtigung der Arbeitszeit sei dringend geboten, damit der Belebung der nötigen Frische erhalten bleibe, die zur Erfüllung des höheren Dienstes notwendig ist.

Abg. Bebel (Soz.) erläutert, es ist ihm mehrheitlich nicht eingefallen, den Fall Schiff der gesuchten deutschen Rhederi zur Sicht zu legen. Er habe auch mit seiner Frede nicht die deutschen Rheder discreditieren wollen. Zum Gegen teil, er habe Eingang seiner Rede erlaubt, daß er glaubt, daß man für den Bergamontschiff die mögliche Ursache erkannt habe. Er habe aber die Beurteilung als Vollzertifizierter hier Uebertände zum Stande zu bringen. Er erinnert daran, daß im englischen Parlament viel längere Kritik an den englischen Schiffsverhältnissen geübt werden sei. Er habe selbst erlaubt, daß der Inhalt der an ihm gesuchten Depeche auf seine Richtigkeit hin untersucht werden müsse, er wollte keine Art, nicht den Inhalt als unzulänglich richtig darstellen. Herr Stellmacher gehörte der Dampf- und Motorfahrt. Das Gebot ist in der Seefahrt nicht die Freiheit, es würde kaum ein Rheder persönlich angegriffen. Wollte etwa Herr Geibel leugnen, daß Herr Riebuly, der Director der Hamburgischen Reederei, ein bestimmender Faktor in der Schadensabrechnung sei? Und dieser Mann benötigt doch, daß die Sicherheit unserer Schiffe nicht über allen Zweifel erhaben sei. Man muß das für die See benötigen, was auf dem Lande für gewöhnliche Betriebe schon eingebracht ist; jenseitliche Überprüfung. Man habe diese Sicherheit für ein Element der Sozialdemokratie, aber diese angeblich sozialdemokratische Aussicht habe sich in den letzten Jahren doch sehr geändert. Er wünschte, er verlange für die Schiffe nichts mehr, als für die Schiffe, auch nur das, was menschlich möglich ist. (Stimme bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. von Bötticher erwidert dem Abg. Bebel, er habe den der Rhederi doch sehr wenig Gunst entgegen, seine Kritik sei eine sehr ablehnende gewesen, wenn er bestellt den Gunst der möglichsten Werte habe, die

Bebel'schen Worte hervorgerufen werden könnte, durch seine Aussführungen paralysirt habe, so werde das jeder verstehen, der noch ein Herz für das Wohl der deutschen Rhederi habe. (Beifall rechts.)

Die Discussion wird geschlossen, das Capitel bewilligt.

Beim Capitel „Statistisches Amt“ wird Titel 1 (Besoldung) bewilligt.

Bei Titel 2 (Bureaubeamte) tritt Abg. Werner (Antisemit) für bessere Besoldung der Hilfsarbeiter ein.

Das Capitel wird bewilligt. Das Haus beschließt darauf die Vertagung.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Tages-Ordnung: 1. Antrag Friedberg, Kardorff und Genossen betr. Einberufung einer Münzkonferenz. 2. Bericht der Geschäftsortsordnungs-Commission über Verstärkung der Disciplinargewalt des Präsidenten.)

Schluß 5¹, Uhr.

Arbeiterbewegung.

Zur Agitation unter den industriellen Arbeitern. Am 17. December vor Jahres rückten wir im „Correspondenzblatt“ die Aufrufung an die örtlichen Gewerkschaftscartelle, die Vorbereitungen für eine intensive Agitation unter den industriellen Arbeiterinnen zu treffen. Innerer Erfahrung ging dadurch, in allen Orten den Boden für eine geeignete Agitation dadurch zu ebnen, daß Frauen als Vertrauenspersonen in die Gewerkschaftscartelle gezogen und auch mit Verwaltungsämtern betraut werden. Ferner erwarteten wir die Vorsitzenden der Gewerkschaftscartelle, uns Mittheilung zu machen, an welchen Orten Versammlungen für Arbeiterinnen einzurichten werden sollen. Auf diese Aufrufung hin sind uns bis jetzt nur wenig Mittheilungen zugegangen, so daß mit der Agitation noch nicht begonnen werden konnte. Wir wiederholen daher die Aufrufung heute aufs Neue in der Erwartung, daß entsprechend den damals gegebenen Anregungen die Vorarbeiten soweit geleistet sein werden, daß nunmehr einzelne Agitationstouren zusammenge stellt und in fürzester Zeit unternommen werden können. Die nötigen Mittel und agitatorischen Kräfte stehen zur Verfügung und handelt es sich hauptsächlich nur darum, daß die Gewerkschaftscartelle sich bereit erklären, die erforderlichen Vorarbeiten für diese Agitation zu treffen. Auf die Wichtigkeit der Heranziehung der Arbeiterinnen zur Gewerkschaftsorganisation haben wir wiederholt aufmerksam gemacht und zwischen mir nochmal auf den am 17. December 1894 im „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Artikel. Wir erwartet die örtlichen Gewerkschaftscartelle und Vertrauensleute der Gewerkschaften dringend, uns unverzüglich mittheilen zu wollen, daß die in Zusätzl. genommenen Versammlungen nunmehr eingerichtet werden können und soll dann unverzüglich die Agitation beginnen. Die General-Gemeinschaft. C. Leyer, Hamburg 6, Wilhelmstr. 8.

Der Streik der Steinarditter in Neustadt bei Stolzen dauert seit vier Wochen unverändert fort. Der Unternehmer, Herr Roser, verfügte zwar, seine alten Leute, 10 Mann, wieder für sich zu gewinnen. Er bot ihnen 30 Mark Entschädigung für die Bilder zu schaden bezahlten Arbeiten, dafür lassen sie oft zu den alten Hungerlohn die Arbeit wieder aufnehmen. Sie waren aber alle aus, keiner ging auf. Dies Anbieten ein, trotzdem die Unternehmungen erfolglos eingehen. Zugang ist nicht zu erwarten und die Arbeit wird von den Ausständigen nicht eher aufgenommen. Bis sie gezeigt haben, Unterstützung ist notwendig. Sitzungen sind zu richten an Herr. Dittel, Neustadt i. S. Banggasse 21d.

Der Streik der Solinger Fabrikarbeiter gerichtet sich auf Ausdehnung. In der letzten Versammlung wurde bekannt, daß Fabrikanten ein Ultimatum zu setzen, innerhalb welches er sich zu erfüllen hat, ob er die Forderungen der Gehilfen erfüllen oder nicht. Nach Abschluß des Streiks erfüllen die Gehilfen die Verhandlungen als geistigfrei.

Wichtung Holzarbeiter! Da eine Einigung zwischen der Firma Hugo Stettinius u. Co., Steinzeugfabrik in Sittensfeld mit den betreffenden Arbeitern erzielt worden ist, wird Sittensfeld die Streik wieder aufzugeben. Die Lokalversammlung der Zunftkammer des deutschen Holzarbeiter-Berufes zu Sittensfeld.

Sociale Übersicht.

Ein soziales Komitee will gegenwärtig gegenwärtigen sozialen Zustände Stellung eine Widerstellung. Die in diesen Tagen durch die singulären Bilder der Stadt Berlin ging und folgendes beweist: Am der Stadtwache und ihren Filialen waren genau 1250 Personen interniert. Zwischen 100 und 150 dieser Bilder waren einige aufgegriffen worden, die vom Magistrat eröffnete Verhandlung scheint somit in der That den Zuthausen Arbeitsschule gekennzeichnet zu haben. Bildseiter und seine Gehilfen haben 2526 Gejagte, 326 über den Ort. Nachdem 1000 Personen eingangsunterstützung gefordert, so kam überall, es hat für 1250 Gejagte Unterbringung zu machen. Die Notwendigkeit der Errichtung eines weiteren Gefangenenganges steht somit immer leichter zu Tage. Man plant, daß neue Gefangenengänge und als nötige Zentrale beginnen neue Gefangenengänge – das soll schon gehen!

Bei den Spezialisten im Königlichen Gatten wurden nach einer vom königlichen Gatten bei Ministerium des Justiz zusammengestellten Liste für über die einzige Güte und Reinlichkeit im Monat December 1894 in 239 Geschäften auf 132 701 Kosten 11 913 345 Mk. das sind auf 84 239 Kosten 12 224 376 Mk. aufgegriffen. Die Reinlichkeit übertrifft die Erzielungen alle um mehr als 300 000 Mk. Im gleichen Monat belaufen sich die Erzielungen auf 37 455, während die Reinlichkeiten 30 782 Mk. kommen. Stand auf im Monat December die Reinlichkeiten im Allgemeinen größer als in den anderen Monaten, je mehr die ungeheilten Güter und höhere auf eine gewisse Dauerheit in den wichtigsten Spezialitäten der königlichen Gatten fallen.

Die neuen Postabfertigungen haben

ihren Betrieb eingestellt, wodurch viele Arbeiter in eine bedauerliche Lage gekommen sind. In ihrer Not wandten sie sich, wie die „R. fr. Volkszeitung“ mittheilt, nun hilfesuchend an die Regierung in Bayreuth, stellten die Sachlage vor und bat um Hilfe. Eine Regierungscommission begab sich nun an Ort und Stelle und wollte die Fabrikanten zur Aufnahme des Betriebes veranlassen. Letztere konnten sich jedoch nicht dazu verstehen, da die Nachfrage nach Perlen — vermutlich wegen des Krieges zwischen Japan und China, da dies die besten Absatzgebiete sind — eine sehr geringe und die Lager schon überfüllt sind. Die Regierung „versprach“ eine Unterstützung.

Statistisches.

Brotpreis und Getreidepreis. Gegenüber der dreisten Behauptung der Agrarier, daß die Brotpreise von den Getreidepreisen nicht beeinflußt würden, kommen die Untersuchungen gerade recht, die Dr. Hirschberg nach den Ermittlungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin in Conrad's Jahrbüchern über das Verhältnis von Brotpreis und Getreidepreis in Berlin veröffentlicht. Danach stellen sich die Berliner Durchschnittspreise in Kilogramm:

	Brot	Roggen
1891	31,66 Pf.	21,12
1892	29,52 "	17,60
1893	21,89 "	13,37
1894	20,43 "	11,77

„Mit den Kornpreisen“ bemerkte dazu Dr. Hirschberg, sind die Brotpreise von dem Maximum des Jahres 1891 derart herabgegangen, daß das verschlossene Jahr für eine Haushaltung von vier Köpfen (bei einem Consument von 400 Kilogramm pro Jahr) eine Ersparnis von 82 Mk. gegen 1891 ergab. Das durchschnittliche Gewicht des Fünfzigpfennigbrotes betrug 1891: 1,58 Kilogramm, 1894 2,45 Kilogramm und Ende des Jahres sogar 2,51. Es ist erstaunlich zu sehen, daß der Consument von den niedrigen Roggenpreisen den entsprechenden Nutzen hat, und man wird aus den angeführten Zahlenreihen auch ungefähr berechnen können, welche Belastung sich für ihn aus einer natürlichen oder künstlichen Wiederherstellung des Getreides ergeben würde.“

Sociale.

Breslau, den 15. Februar 1895.

Über das Schiller-Theater-Project

geht uns von Herrn Max Weidlich folgende längere Auseinandersetzung zu, die wir hiermit vollständig zum Abdruck bringen. Herr Weidlich schreibt:

„Über das Schiller-Theater-Project“ laube ich mir, zur Aufklärung vorhandener Missverständnisse Ihnen folgende Mittheilung zu machen: Es ist eine unleugbare Thatsache, daß für die dramatische Kunst in den breiten Massen der Unbegüterten aller Stände ein Interesse vorhanden ist, daß sie bei weitem nicht in dem Maße zu befriedigen vermögen, wie ihnen dies wünschenswerth erscheint. Der Hauptfehler liegt in den Eintrittspreisen, die nicht nur in Breslau, sondern auch in allen großen Städten den Theaterbesuch zu einem Privilegium derer machen, welche mit den Groschen nicht zu rechnen brauchen. Haben unsere Dichter, und vor allen unsre Klassiker, nur für diese wirtschaftlich Bevorzugten geschrieben? Ganz gewiß nicht! Gemeingut des ganzen Volkes müssen ihre Werke werden, wenn sie der Cultur den Nutzen bringen sollen, der ihrer Bedeutung würdig ist! Das ein Vermögen rag dieser Richtung hin erfolgreich wäre, beweist der Andrang, der die vom Humboldt-Verein veranstalteten Vorstellungen fanden. Als ich jedoch die bestürmende Bestimmung las, (die alles nachträgliche Zeugnen des Herrn Sittensfeld nicht aus der Welt schaffen wird,) daß die ein Billet Nachsuchenden nichtigenfalls ihre „Bedürftigkeit“ nachweisen sollen, bestürzte in mir der Entschluß, hier in Breslau ein Theater zu gründen, in welchem das Publikum ein gutes Recht haben soll, Vorstellungen zu billigen Preisen zu sehen, die ihnen bisher als eine Art Almosen gewährt wurden. Gemeingut des ganzen Volkes müssen ihre Werke werden, wenn sie der Cultur den Nutzen bringen sollen, der ihrer Bedeutung würdig ist! Das ein Vermögen rag dieser Richtung hin erfolgreich wäre, beweist der Andrang, der die vom Humboldt-Verein veranstalteten Vorstellungen fanden. Als ich jedoch die bestürmende Bestimmung las, (die alles nachträgliche Zeugnen des Herrn Sittensfeld nicht aus der Welt schaffen wird,) daß die ein Billet Nachsuchenden nichtigenfalls ihre „Bedürftigkeit“ nachweisen sollen, bestürzte in mir der Entschluß, hier in Breslau ein Theater zu gründen, in welchem das Publikum ein gutes Recht haben soll, Vorstellungen zu billigen Preisen zu sehen, die ihnen bisher als eine Art Almosen gewährt wurden. Das Schiller-Theater in Berlin schwiebt mir dafür als nachahmungswertes Beispiel vor.“

Sofort war es mir aber klar, daß ich als Neuling in Breslau nicht im Stande wäre, die Frage ohne Hilfe von Männern zu lösen, die in der Bürgerschaft ein berechtigtes Interesse genießen. Bei meiner Antritt dachte ich mein Ziel zunächst auf die meiner Meinung nach hervorragendste literarische Persönlichkeit der Stadt: auf Herrn Geheimrat Dahn. Ihm theilte ich meine Absicht mit und fand bei ihm volles Verständnis, wenn er mit auch nicht verhehlte, daß der Betrieblichung des Planes historisch große Schwierigkeiten entgegenstehen würden. Da wir nun auch von anderen Herren bereitwillig Unterstützung zugesagt wurde, so über gab ich einigen Zeitungen kurze Notizen, um die öffentliche Meinung zu sondiren. Es stellte sich heraus, daß die Idee in der Presse nur Widerlacher fand bei den persönlichen Freunden des Stadttheater-Directors, Herrn Dr. Löwe, die in den Redactoren des „General-Anzeigers“ und der „Gerichtszeitung“ lagen. Sofort spielten diese Herren aus Mangel an sachlichen Gründen die ganze Angelegenheit auf das persönliche Gebiet hinüber. Herr Geheim-

rath Dahn sowohl, wie ich wurden zu discreditiren verucht, und leider gefielte sich den beiden Blättern auch die „Volkswacht“ zu — aus mir damals unbekannten Gründen. Nun, Herr Geheimrath Dahn will dem Gelungen des Ganzen nicht im Wege sein; — angesichts der ohnehin schon großen Schwierigkeiten hat er es mit anheimgegeben, „da sein Name der Sache mehr zu schaden, als zu nützen“ scheine, auf seine Mitwirkung zu verzichten. Ich habe ihm versprochen, diesen Wunsch zu respectiren.

Nichts liegt mir ferner, als das von mir projectirte Unternehmnen zur Sache irgend einer Partei zu machen. Die Kunst hat nichts mit Politik zu thun, und jeder, der in ihr seine Erholung, seine geistige und seelische Erquickung suchen will, der sei mir zur Unterstützung meines Projectes willkommen, sei er nun Conservativer oder Socialdemokrat, Fortschritts- oder Centrumsmann! Das ich in der Versammlung von Vereinsvertretern am 2. d. Ms., wie der „General-Anzeiger“ berichtete, gesagt haben sollte, ich „wolle gar kein Theater für Arbeiter“, ist unrichtig. Ich habe gesagt: „Ich will kein Theater nur für Arbeiter, sondern auch für die anderen Stände der Unbemittelten“ — kurz ein Theater für das Volk im vollen, schönen Sinn des Wortes.

Es haben sich bisher über jedzig Vereine bei mir welche die Existenzfähigkeit des Unternehmens sichern wollen durch Beteiligung an den offerirten Abonnementen, und ich hoffe, daß sich auch die socialdemokratischen Vereine anschließen werden. Den Vereins-Mitgliedern werden im Abonnement von je 6 Billets die Preise für Parquet mit 50 Pf., für II. Rang mit 30 Pf. berechnet, wozu ein obligatorisches Garderobengeld kommt von 10 Pf. pro Bille. Die geringsten Einzelpreise sollen im Vorverkauf 15 resp. 10 Pf. betragen. Desgleichen wird dem Restaurateur zur Bedingung gemacht, ein Glas Bier für 10 Pf. und ein Butterbrot für denselben Preis (10 Pf.) zu geben. Das sind Ausgaben, die beim Theaterbesuch ebenfalls sehr in Betracht kommen. Auch daß durch bauliche Veränderungen des Thalia-Theaters der Aufenthalt in dem künftigen Schiller-Theater behaglicher gemacht werden soll, fällt ins Gewicht. Und trotz der billigen Eintrittspreise wird es möglich sein, ein Künstlerpersonal zu engagiren, das der Großstadt würdig ist. Ich habe die Zahlen des Etats genannt. Mögen doch diejenigen, denen diese Zahlen unangenehm sind, ihre Unrichtigkeit beweisen! Das können sie nicht. — Sieht man nun noch in Betracht, daß die künstlerische Leitung sich des Beirates von Gelehrten zu erfreuen haben wird; daß eine enge Verbindung zwischen Direction und Publikum dadurch hergestellt werden soll, daß die Vereine Delegierte wählen, die in regelmäßigen Zusammenkünften Wünsche, Beschwerden, Rathschläge gemeinsam besprechen; und daß endlich das ganze Volk ein Recht auf die Vergütungen hat, die jetzt vom Unternehmer beliebig bewilligt und verweigert werden können: Dann wird es seinem Denkenden schwer fallen, zwischen dem jetzigen und künftigen Zustand der Dinge zu wählen.

Über die Machinationen der Gegner des Unternehmens werde ich am Sonntag in der Volks-Versammlung in Liebigs Etablissement mich äußern.

Max Weidlich.

Eine erschöpfende Antwort auf diese Ausführung, die heute Raumangels halber unterbleiben muß, behalten wir uns vor. Für heute nur die Erklärung, daß der angekündigte Rücktritt des Herrn F. Dahn von der Förderung des Unternehmens unserer Meinung nach dem Unternehmen selbst — wenn es wirklich volkstümlich sein und bleiben will — nur nützlich sein könnte. Jergend welche principielle Bedenken gegen das Project des Herrn Weidlich haben wir zunächst durchaus nicht und wenn wir fürchten, daß dasselbe ein verfehltes sein und ganz besonders den Ansprüchen nicht genügen werde, welche Socialdemokraten an ein Volkstheater zu stellen haben, so giebt uns dazu besonders die Entwicklung des Schillertheaters in Berlin, welcher leider Herrn Weidlich „als nachahmenswertes Beispiel vorschwebt“, sehr begründete Veranlassung. Und ehe nicht entsprechende Garantien gegeben sind, daß wir in dem projectirten Schillertheater des Herrn Weidlich nicht eine einfache Nachahmung jenes Berliner Unternehmens haben werden (am Ende gar eine „Fälsche“ desselben?), sondern ein wahrhaftes Volkstheater, können wir nicht mit gutem Gewissen den hiesigen socialdemokratischen Vereinen die gewünschte Beteiligung an dem Unternehmen des Herrn Max Weidlich empfehlen.

* * *

[Stadtverordneten-Versammlung.]

Der Bericht über die Verwaltung und den

Stand der Gemeindeangelegenheiten, der bereits in der Sitzung vom 7. d. Ms. erstaatet werden sollte, ist in der gestrigen Sitzung vom Oberbürgermeister Bender gegeben worden. Aus seinen mehr als einstündigen Auseführungen sei nachfolgend das uns wichtig erscheinende hervorgehoben. Nach einigen einleitenden Worten über die durch das Inkrafttreten des neuen Communalabgabengesetzes bedingten Veränderungen im Etat, behandelte Römer die einzelnen Verwaltungszweige. So bemerkte der Chef der Verwaltung, daß das laufende Jahr voraussichtlich mit einem Überschuss vor 150,000 Mark abschließen werde, im Vorjahr betrug der Überschuss 203 000 Mark. Beim Etat der Armenverwaltung, der jedenfalls mit einem kleinen Mehrbedarf abschließt, wurde erwähnt, daß das Elberfelder System ungefähr zur Hälfte durchgeführt sei und zu hoffen ist, daß das System demnächst völlig zur Durchführung komme. Das Friedländer'sche Reconvalescentenheim wäre bereits in das Stadium der Verwirklichung getreten. Das Korn'sche Brausebad, das Herr Bender lobend hervorhob, wird noch 2000 Mark Überschuss abwerfen. Mit großer Betrübniß gedachte er jedoch des Polizeikostengeiges, seiner Lasten und der mit demselben entstandenen Prozesse gegen die früheren Nachtwachtbeamten. Für den Südpark sind zum ersten Male 8000 Mark in den Etat eingestellt worden, doch auch für den Westpark, der sich zur Zeit in ganz jämmerlichem Zustande befindet, soll etwas geschehen.

Der Ertrag der Steuern bezeichnete der Oberbürgermeister als nicht glänzend. Bei der Schlachtfsteuer ist ein Mehr von 25 000 Mk. zu erwarten, desgleichen stelle die Gebäudesteuer einen Überschuss in Aussicht, während bei der communalen Einkommensteuer ein Minderertrag von 9000 Mk. und bei der Gewerbesteuer ein solcher in Höhe von 24 000 Mk. herauskommen dürfte. Die Frage, wie die Stadt durch die neue Finanzreform abschneide, beantwortete Herr Bender dahin, daß ihr ungefähr 1 Million an Steuern mehr zustehen, dazu für das nächste Jahr noch 4–500 000 Mk. an Ueberweisungen aus der lex Huene. Die Betriebswerke der Stadt gaben leider wieder einen Ausfall. Für den Schlachthof sind bisher 1 550 000 Mk. verausgabt worden, davon im laufenden Jahre etwa 800 000 Mk.; erhebliche Ersparnisse hätte man bei den Ausgeboten bewirkt. Der Südpark kostet bis jetzt 600 000 Mk. Schulhausbauten werden im nächsten Jahre bestimmt in der Paradiesstraße, in der Polenerstraße und der Voeststraße vorgenommen. Die Kosten für das gesamte Schulwesen Breslaus betragen nach Herrn Bender's Bericht 100 Prozent der Einkommensteuer. Im weiteren streifte er die Fragen der Grundwasserversorgung, des Großschiffahrtsweges und der Errichtung eines Hafens. Hinsichtlich der erstenen seien weitreichende Verhandlungen im Gange, das jetzige Project betr. den Großschiffahrtsweg nehme auf die Interessen der Stadt gar keine Rücksicht, sondern beschränke sich fast ausschließlich auf Schifffahrtinteressen; man hofft trotzdem auf eine Einigung. Den Hafenbau anlangend wurde noch berichtet, daß es möglich sein werde, den Hafen am Hindelberge einzurichten. Ferner gab Herr Bender eine Uebersicht über die Schulden der Stadt; dieselben belaufen sich auf 35,808,000 Mark, die Zinsen hierfür auf 1,419,000 Mark. Schließlich bemerkte der Oberbürgermeister, daß die Stadt über die Krisis, in der sie sich im vorigen Jahre befand, hinweg ist, die Finanzlage sei ganz gesund. Er glaube, daß der Etat im großen und ganzen richtig aufgestellt sei und bittet die Versammlung, womöglich alles bei der jetzigen Anordnung zu lassen. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Bericht dankte der Vorsitzende dem Magistrat für die gehabte Mühe und die Stadtväter erhoben sich, dem Vorsitzenden folgend, von ihren Plätzen.

Die Versammlung trat hierauf in die Generaldiscussion über den Stadthaushaltsetat ein. Als wichtig in dieser Debatte sind die Ausführungen des Kämmerers Rörte über das Schicksal der Canalgebühr herauszugreifen. Er machte nämlich den Stadtvätern die wenig erfreuliche Mitteilung, daß man den Posten von 340,000 Mk., der als Ertrag der Canalgebühr in den Etat eingesetzt ist, möglicherweise und vielleicht auf längere Zeit hinaus als unsicherer Posten werde anzusehen haben. Der Regierungspräsident habe erklärt, daß er an den gegen die Canalgebühr geäußerten Bedenken auch nach dem letzten Bericht des Magistrats festhalte. Da seitens des letzteren nichts bestes an die Stelle der Canalgebühr gesetzt werden könne, werde der Magistrat die Entscheidung des Provincialrats eventuell des Ministers antutzen. Darüber natürlich kann noch mancher Monat ins Land gehen. Stadtverordneten Simon I schien vor dieser Mitteilung sehr wenig er-

baut zu sein; nach seiner Ansicht ist man mit der Canalgebühr von vornherein zu zaghaft vorgegangen und wenn jetzt die Genehmigung derselben so zweifelhaft sei, hätten Magistrat und Versammlung sich dies selbst anzuschreiben. Ebenso kränkte es ihn, daß der Grundbesitz mehr Steuern zahlen soll als der Gewerbestand, er hätte gewünscht, daß die Belastung eine gleiche sei. Die Discussion zog sich so noch bis gegen 7 Uhr hin; der Haushaltsetat wurde darauf dem Etat-ausschuss zur Vorberatung überwiesen und die Sitzung geschlossen.

— [Zur Neuordnung der Staatsseisenbahnen-Verwaltung.] Dem Amtsblatt der lgl. Eisenbahn-Direction zu Breslau ist eine Zusammensetzung der Grundzüge der neuen Verwaltungsordnung beigegeben, welche bekanntlich am 1. April d. J. in Kraft tritt. Die alsdann bestehenden 20 Eisenbahn-directionen haben ihren Sitz in Altona, Berlin, Breslau, Bromberg, Cölln, Danzig, Elberfeld, Erfurt, Essa a. Ruhr, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover, Katowitz, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Münster i. Westf., Posen, St. Johann-Saarbrücken und Stettin.

— [Stadt-Theater.] Heute, Freitag, gelangt die Oper „Mignon“ zur Wiederholung. — Morgen, Sonnabend, gehen die beiden Opern „Cavalleria rusticana“ und „Bajazet“ in Scene.

— [Völker-Theater.] Sonntag gelangt als Nachmittags-Bestellung zu ermäßigten Preisen zum letzten Male der Schönthan-Kadelburgsche Schwank „Zum wohlthätigen Zweck“ zur Aufführung.

— [Thalia-Theater.] Sonntag gelangt das Lustspiel „Der Weg zum Herzen“ von Adolph L'Arronge zur Aufführung. Der Billetvorverkauf findet morgen, Sonnabend, von 10–3 Uhr bei L. A. Schlesinger, Ring 10, statt.

— [Concordia-Theater.] Heute, Freitag, findet die 6. Wiederholung des fünfactigen Volksstückes „Else vom Erlenhof“ statt. — Sonntag wird zum letzten Male die Posse mit Gesang „Reise durch Berlin in 80 Stunden“ wiederholt. Zum Benefiz für Herrn Ogotroßky geht künftigen Mittwoch das Lustspiel „Der Probefall“ von Dr. Oscar Blumenthal in Scene.

— [Falsches Geld.] Seit einigen Tagen kursiren hier neben falschen Fünfzigpfennigstücken auch falsche Markstücke. Diese letzteren, von denen eines am 12. d. Ms. in einem Geschäft auf der Trebnitzerstraße vereinnahmt wurde, sind leicht bei einiger Aufmerksamkeit als Falsificate zu erkennen. Sie sind biegbar und bleibhaft. Das sehr mangelfhaft ausgeführte Beschriftungsstück trägt die Zählnzahl 1876.

— [Lebensrettung.] In der Ohlemündung sind einzelne Stellen ausgelaufen, daß neugebildete Eis ist aber noch nicht stark genug, um eine größere Tragfähigkeit zu besitzen. Trotzdem tummelten sich dort gestern mehrere Knaben umher und versuchten, durch sogenanntes „Wuchten“ die Festigkeit des Eises zu prüfen. Hierbei brach einer der Knaben ein und wärerettungslos unter das Eis gerathen, wenn ihn nicht der Steuermann Kreischner mit einer langen Hafens gerettet hätte.

— [Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 13. d. Ms. 57 Personen. — Gestohlen: einem Seilermeister auf der Matthiasstraße ein schmiedeeisernes Seilgeschirre. — Abhanden gekommen: eine Wagenpicare, eine Borgnette, drei Portemonnaies mit 1,30 bzw. 10 und 40 Mark Inhalt. — Gefunden: ein Rosenkrantz, eine silberne Damenuhr, eine Regenschirm und eine Steigeleiter.

Schlesien.

M. Brieg, 14. Februar. Bei der hier stattgefundenen Gewerbege richtswahl sind die von unserer Seite aufgestellten Candidaten in der Arbeitnehmerliste mit 63 Stimmen gewählt worden. Zur Eintragung in die Wählerliste hatten sich 88 Personen gemeldet. Die 6 Candidaten der Arbeitgeberliste wurden mit 3 Stimmen gewählt; einschreiber ließen sich nur 5 Arbeitgeber. Beide Listen wurden ohne Concurrenz gewählt. Zu bedauern ist das geringe Interesse an den Wahlen, welches auf beiden Seiten zu constatiren war. Es hat dies wohl seinen Grund darin, daß das Gewerbege richt während der vergangenen drei Jahre, im Gegensatz zu dem früheren Gewerbege richt, nicht ein einziges Mal zusammengekommen war, obgleich mehrfach von Arbeitern Klageanträge gestellt worden sind. Theils gab man ihrem Klageantrag nicht statt, theils entschied der Vorsitzende selbst, resp. vermittelte. Auf diese Weise ist das hiesige Gewerbege richt im Gegensatz zu anderen Städten zu einer leeren Form herabgesunken und die Wahlen dazu zwecklos, wenn nicht bald Stemper geschaffen wird. Und Sache der Arbeiterschaft ist es, dafür zu sorgen, daß dies so bald wie möglich geschieht, daß das hiesige Gewerbege richt ferner nicht bloß dem Namen nach existiert.

Hirschberg. Arbeiter und Arbeiterinnen von Hirschberg und Umgegend. Es sei auch hierdurch zur Nachricht, daß der Wirt vom Waldschlößchen (Cavalierberg) zu politischen Zwecken seine Localitäten nicht weiter hergeben will; als Gäste sind wir bei dem betreffenden Gastwirth auch scheinbar gern gesehen, nur Versammlungen sollen wir nicht abhalten. Der Grund hierfür soll darin liegen, daß zu wenig verzeihet worden ist. — Nun, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, Ihr wißt, daß Herr Dierig uns sein Vocal zur Verfügung stellte, weil er von anderer Seite überhaupt keinen großen Zuspruch zu verzeichnen hatte. Wir haben uns schon oft ohne ein Versammlungsvocal helfen müssen, wir haben gearbeitet, agitiert und unsere Bewegung kann noch steis vorwärts; darum werden wir auch jetzt die Hände nicht in den Schoß legen und naßig sein, sondern überall wo es nur immer möglich ist, für die Verbesserungen

der Sozialdemokratie energisch einzutreten, damit die Ideen des Sozialismus in weitere Schichten der Bevölkerung eindringen. — Ein Versammlungslocal zum gegenseitigen Meinungs austausch, das uns nicht zur Verfügung steht, dessen wir aber unbedingt bedürfen, müssen wir uns nun erkämpfen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat zu diesem Zwecke das Vocal zu melden, bis wir den Sieg errungen. Das ist jetzt aller Genossinnen und Genossen Pflicht; in der Werkstatt, in der Familie, in Freunden- und Bekanntenkreisen in diesem Sinne zu agitieren und der Erfolg wird für uns nicht ausbleiben. Hoch die Solidarität!

Die Vertrauensleute.

* Görlitz, 14. Februar. Hier fand am 23. Januar eine Versammlung von Arbeitssuchenden statt. Dieselbe wählte eine Deputation von drei Mitgliedern, welche mit dem Magistrate wegen Bormahme etwaiger Notstandsarbeiten in Verbindung treten sollte. Die Deputation wurde am 12. Februar von Herrn Büchtemann empfangen und erhielt folgenden Bescheid: „Nach der jetzigen Lage der Gesetzgebung liege irgend eine rechtliche Verpflichtung der Städtegemeinde, Arbeit zu gewähren, nicht vor; die Stadtgemeinde könne in jowei ein Recht auf Arbeit nicht anerkenne. Die Stadtgemeinde sei dagegen bereit, in Fällen, in denen eine Familie durch Mangel an Arbeit des Familien-Vorstandes in Not gerathen sei, helfen zu zu retten, und würden Gesuche um Arbeit nach Prüfung der persönlichen Verhältnisse der Bauverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen werden. Die Stadtgemeinde müsse dagegen darauf achten, daß nur Denen Arbeit gewährt würde, die in Görlitz ansässig seien, und auch hier wieder in erster Reihe Familienbäter. Die Stadtgemeinde müsse es aber unbedingt ablehnen, in größerem Umfange und in wichtigen Arbeiten vorzunehmen zu lassen, das heißt Arbeiten, die lediglich vorgenommen werden, um Arbeitern Geldmittel zuzuwenden, aber keinen wirtschaftlichen Wert haben.“ — Die Deputation nahm von dieser Erklärung Kenntnis und machte dagegen Einwendungen nicht geltend.

* London, 14. Februar. Opfer der Arbeit. Der Braumeister Wagenknecht von der Braucommune, ist gestern Nachmittag um 5 Uhr in einen Vorrich niedergestürzt. Der Zustand des Verunglückten ist hoffnungslos.

* Gleiwitz, 13. Februar. Eine furchtbare Scene spielte sich gestern früh in einem Hause in Drynke bei Gleiwitz ab. Der Malchinist Wagif kam heute morgen nach 6 Uhr von der Nachtschicht nach Hause und, jedenfalls angebrunken, geriet er mit seiner Frau in Streitigkeiten. Durch den Widerspruch der Frau wurde der Mann so gezeigt, daß er anging, sie in barbarischer Weise zu misshandeln, und es entpann sich ein regelrechter Kampf zwischen beiden Eheleuten, bei dem die Frau mehrere Male von ihrem stärkeren Gegner an die Wand geschleudert wurde. Da ergriff die Frau vor Wuth und Schmerzen eine daibende Art, die unglücklicher Weise fristig geschlossen war und schlug damit auf ihren Mann ein. Bald hatte sie denselben so unglücklich mit der Schärfe des Seiles getroffen, daß er eine lassende Kopftounde davontrug und sofort bewußtlos zusammenbrach. Ein herzogeholter Arzt constatirte, daß die Schädeldecke durchschlagen und das Gehirn herausgetreten war. Der Betrunke wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederlagt.

Scribbliess.

Wegen Beschimpfung der Angehörigen der jüdischen Religion, verübt durch die Beilage des bekannten „Die Wehrheit über das Judentum“ beriefen den Dr. Lippmann unterzeichneten Flugblattes, welches gleichzeitig mit der am 10. Februar d. J. erschienen Nummer der „Ostwald“ ausgegeben wurde, war gegen den früheren verantwortlichen Redakteur dieses Blattes, Hugo Kreisler, Strafantrag gestellt worden. Die gestern von der ersten Strafkammer des jüngsten Landgerichts eingetragene Verhandlung wurde jedoch vertagt, da sich der Gerichtssozi dem Antrage des Vertreters der Staatsanwaltschaft auf Vorladung desjenigen hinzüg. jüdischen Cultusbeamten zur Vernehmung als zweiter Sachverständiger anschloß. Als Sachverständiger war im heutigen Zimmers Prokurator Dr. Beer und als Beobachter Senator amal Dr. Brandt aus Bregenz anwesend.

Noch etwas von der Reichs- und ihren gut bezahlten Beamten. Aus Bonn wird berichtet: Eine Werf fünfundsechzig Preunige betrug das tägliche Gehalt des Briefträgers Zillig aus Bonn bei Oberpostmeister Eichmanns Einkommen nur in Folge von Abzügen für frühere Bezahlungen umgedreht werden würde.

Siegmar, Ballverein.

Montag, den 17. Februar:

Gefülliges Verhansmessen am Abends 6 Uhr zu im Gaffel zum weißen Elefanten.

Mittwoch, den 18. Februar:

Mitgliederversammlung im Gaffel zu den drei Bergen, wo zu Beginn einredet.

Der Sohn.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. S. 36) neuer Mitgliebert v. 8—10 Uhr abend in der Gaststätte bei Herrn Neuendorff 8. Aufnahme neuer Mitglieder.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—10 Uhr abend im Restaurant zum Bär zum 15. der Döpfer, Antrittsstelle 39.

Samstag, den 16. Februar: Deutscher Metallarbeiter-Döpfer und Betriebsgenossen (S. 29) Abends von 8—1